[…]gen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 13.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 7. Januar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Die nächste Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten.

Im letzten November brachte das „Washington Chronicle" einen Artikel, in welchem nochmals von der Wiedererwählung des Präsidenten Grant die Rede war. Es war vorauszusehen, daß dieser Artikel zu vielfachen Diskussionen in der amerikanischen Tagespresse Veranlassung geben würde, auch hat er wahrscheinlich mit dazu beigetragen, daß das Repräsentantenhaus des Kongresses, wie unsere Leser bereits wissen, mit 232 gegen 18 Stimmen eine Resolution annahm, welche eine dritte Präsidentschaftskandidatur Grant's verurtheilte und damit diese Frage als von der Tagesordnung abgesetzt und wahrscheinlich auch als für immer beseitigt angesehen werden läßt. Insofern würde es sich also nicht der Mühe verlohnen, noch einmal auf den Artikel des „Washington Chronicle" zurückzukommen, enthielte derselbe nicht einen Passus, der als ein charakteristisches Symptom der gegenwärtig in Washington City vor sich gehenden politischen Meinungsströmungen beachtenswerth ist. Das „Chronicle" sieht sich nämlich nach anderen Präsidentschaftskandidaten um, die, außer Grant, von der republikanischen Partei nominirt werden könnten, und findet nur einen Mann, dessen politische Karriere sich durch Garantien der Sittenreinheit und sonstige Zuverlässigkeit besonders empfehlen würde, nämlich Herrn Charles Francis Adams, den ursprünglichen Präsidentschaftskandidaten der liberalen Reformpartei vom Jahre 1872. Der Hauptgründer dieser liberalen Reformpartei, die jetzt als die Partei der „Unabhängigen" bezeichnet zu werden pflegt, war bekanntlich Karl Schurz; und nur den Intriguen der Handwerkspolitiker von dem Schlage eines Gratz Brown gelang es, auf der National-Konvention zu Cincinnati im Jahre 1872 statt Charles Francis Adams den unglücklichen Horace Greeley Herrn Grant als Präsidentschaftskandidaten gegenüberzustellen und damit die Erwählung des Letzteren zu sichern.

Das „Chronicle" meint indessen, Herr Adams würde nicht im Stande sein, solche wichtige Staaten, wie Ohio, Pennsylvanien und Newyork im Präsidentschafts-Wahlkampfe zu gewinnen, während Grant dieselben mit einem „Sturm von Enthusiasmus" nehmen würde. Wir brauchen aber wohl kaum zu sagen, daß wir die letztere Behauptung für entschieden abgeschmackt halten, da Jeder, der auch nur die geringste Kenntniß von der wirklichen Sachlage hatte, schon im letzten Herbste von der totalen Unmöglichkeit eines Sieges der republikanischen Partei in den wichtigen Staatswahlen von Ohio, Pennsylvanien und Newyork überzeugt sein mußte, wenn der dritte Amtstermin des Herrn Grant als die wahrscheinliche Folge eines solchen Sieges erschienen wäre.

Aber es ist immerhin auffallend, daß der Name von Charles Francis Adams in Verbindung mit der republikanischen Präsidentschaftskandidatur überhaupt genannt werden konnte von einem Blatte, welches die Wiedernomination Grant's befürwortete. Es liegt da wahrscheinlich ein Instinkt zu Grunde, der in der Präsidentschafts-Kampagne von 1876 eine bedeutende Rolle zu spielen bestimmt sein mag. Beide Parteien, die Republikaner und die Demokraten, werden sich zu entscheiden haben, ob sie an das Volk der vereinigten Staaten im Namen des alten Parteigeistes, der den Sieg der Partei für die Hauptsache und alles andere für Nebensache hält, oder im Namen der Reformtendenz appelliren wollen, welche höhere Zwecke als den bloßen Parteisieg anstrebt und in dem stetig wachsenden Votum der „Unabhängigen" ihre stärkste Stütze hat. Das „Chronicle" hat vielleicht unbewußter Weise für diesen Gegensatz den bezeichnendsten Ausdruck gefunden in den Namen der beiden Männer, die es als mögliche Präsidentschaftskandidaten einander gegenüberstellt, — Grant, der nur durch die straffste Anspannung der Parteidisziplin und die rücksichtsloseste Handhabung der Parteimaschinerie durchgedrückt werden könnte, und Adams, dessen größte Stärke im allgemeinen Vertrauen des Volkes auf seine staatsmännische Befähigung und in dem Umstande besteht, daß seine Person auch ohne alle Platform als ein vollständiges Reformprogramm angesehen werden könnte; — Grant, der sich also auf die alten regulären Wählerbataillone verlassen mußte, um als wiederwählbarer Präsident, so zu sagen, ihr Geschöpf und ebenso ihr dienstbares Werkzeug zu sein, — und Adams, der unzweifelhaft die eifrige Unterstützung aller unabhängigen Reformelemente haben würde, von welcher Seite auch seine Nomination ausginge, aus dem einfachen Grunde, weil man bei ihm auf die nöthige Widerstandskraft allen schädlichen Parteieinflüssen gegenüber rechnen dürfte.

Wir finden nicht selten, namentlich in europäischen Blättern die Bemerkung, daß es sowohl der republikanischen Partei, wie auch der demokratischen an geeigneten Kandidaten fehle, d. h. an solchen, die eine Majorität der ganzen Anzahl der gesetzmäßigen Präsidentenwähler oder Elektoren auf sich vereinigen könnten. Wir können diese Ansicht nicht theilen. Abgesehen von Charles Francis Adams, haben die Republikaner in J. G. Blaine, dem Sprecher des letzten Repräsentantenhauses, und in Bristow, dem jetzigen Finanzminister, fähige, ehrliche und nicht unbeliebte Männer und was die Demokraten anbetrifft, so können sie in Samuel J. Tilden, den gegenwärtigen Gouverneur von Newyork, einen kräftigen und charakterreinen Mann aufstellen, der den Hauptanforderungen der Zeit genügen und die Unterstützung der unabhängigen Reformpartei erhalten würde. Doch lassen wir die Namen bei Seite und sprechen wir nur von der Sache, und was wir hier sagen, findet seine Anwendung nicht weniger auf die demokratische, als auf die republikanische Partei.

Daß die Zahl der Bürger in der nordamerikanischen Union, welche sich nicht mehr von dem bloßen Parteikommando leiten und treiben lassen wollen, groß genug geworden ist, um bei lebhafter Betheiligung die Wahlen in den wichtigsten Staaten zu entscheiden, haben die letzten Herbstwahlen gelehrt; auch geht es aus einem Schreiben hervor, welches der Ex Senator Hirom R. Revels von Mississippi, der erste Farbige, der einen Sitz im Senate der Vereinigten Staaten einnahm, jüngst an den Präsidenten Grant richtete und worin er ihm erklärte, daß die Farbigen sich nicht mehr als reine politische Werkzeuge benutzen lassen würden. Die beiderseitigen Parteiführer wissen dies auch sehr wohl, wenn sie es auch nicht gern offen zugestehen wollen. Die unabhängigen Stimmgeber, welche ohne besondere Rücksicht auf ein Parteiinteresse vor Allem darauf bedacht sind, wie sie durch ihre Haltung die jetzt in der Union bestehenden Uebelstände am wirksamsten bekämpfen und dem öffentlichen Wohle den besten Dienst leisten können, sind im Laufe der Zeit unzweifelhaft eine Macht geworden, die sich ihrer selbst immer mehr bewußt wird. Den Parteiführern der Republikaner und Demokraten ist es natürlich darum zu thun, diese Macht für sich zu gewinnen, und so sehen wir sie beständig die Frage ventiliren, welche Politik am besten geeignet sein würde, ihnen die meisten unabhängigen Stimmen zuzuführen. Es kann aber unter den obwaltenden Umständen für sie auch kaum eine nützlichere Beschäftigung geben, wenn anders sie als Parteiführer klaren Blicks ihre Schuldigkeit thun wollen. So weit wir aber die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten überschauen, lassen sich in der Partei der Unabhängigen folgende Gesichtspunkte als vorherrschend bezeichnen:

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre haben bloße Partei-Platformen in der Union sehr viel von ihrem Zauber eingebüßt. Wie die in den Hauptpunkten übereinstimmenden Platformen oder Programme der beiden Parteien vom Jahre 1872 und die darauf folgende Haltung der Parteien selbst sattsam bewiesen haben, sind Versprechungen in Platformen meistens nur als Köder zum Angeln von Stimmen benutzt worden, um nachher mit Spott und Verachtung bei Seite geworfen zu werden. Das bloße Versprechen einer Baarzahlungspolitik und der so lange geforderten Civildienst-Reform würde also an und für sich nach diesen Erfahrungen auf die amerik. Wähler sehr wenig Anziehungskraft mehr üben, während allerdings die Weglassung eines solchen Versprechens als schlagender Beweis angesehen werden müßte, daß es der betreffenden Partei nicht um diese Dinge zu thun sein kann. Um aber dem positiven Versprechen selbst wahren Werth zu geben, wird es vor Allem nöthig sein, damit die Aufstellung von solchen Kandidaten zu verbinden, die durch ihren Charakter und ihre bisherige Carriere die größtmöglichste Garantie für die Erfüllung solcher Versprechen bieten. Das Versprechen der so nöthigen Civildienst-Reform verbunden mit der Wiedernomination Grant's oder eines verbissenen Parteikleppers würde z. B. der höchste Grad von Lächerlichkeit sein und die Stimmen der Unabhängigen nicht gewinnen. Der Charakter der Kandidaten ist gegenwärtig von einer um so größeren Wichtigkeit, als den bestehenden republikanischen und demokratischen Parteiorganisationen als solchen nur so viel Tugend zuzutrauen ist, wie dieselben eben nöthig zu haben glauben, um im Hinblick auf die nächste Präsidentenwahl einen günstigen Eindruck auf die öffentliche Meinung zu machen. Je größer also das Vertrauen ist, welches die staatsmännische Fähigkeit und der Charakter des Präsidentschaftskandidaten erwirkt, um so größere Anziehungskraft wird dasselbe auf die unabhängigen Wähler ausüben.

Die Führer der alten Parteien sind gewöhnlich geneigt, wenn sie auch die Nothwendigkeiten der Situation in dieser Beziehung nicht verkennen können, doch denselben nur so wenig, wie irgend möglich, nachzugeben. Sie könnten z. B. im Jahre 1876, wie das so oft bei Präsidentenwahlen geschehen ist, Leute als Kandidaten aussuchen, die den höchsten Ansprüchen nicht genügen, aber doch wenig oder gar keine persönlichen Angriffspunkte bieten. Dieses Auskunftsmittel, die scheinbar harmlose Mittelmäßigkeit vorzuschieben, was freilich früher oft mit Erfolg gethan worden ist, könnte jedoch bei der jetzt in der Union vorherrschenden Stimmung denen, die dazu ihre Zuflucht nehmen, sehr gefährlich werden. Die Aufstellung einer Kandidatur, die das unabhängige Element, wenn auch nicht geradezu abstößt, aber doch kalt und gleichgiltig läßt, kommt dem Verluste der Stärke gleich, welche in solchen Staaten, wie Newyork, Pennsylvanien, Ohio, Indiana, Illinois, Wiskonsin u. s. w., wo es sich, um die Entscheidung herbeizuführen, nur um wenige Stimmen handelt, durch ihr bloßes Ausfallen den Sieg oder die Niederlage bestimmen würde. Wenn also die Führer einer der beiden großen Parteien die Nothwendigkeit einsehen, durch die Aufstellung von Kandidaten, die das Vertrauen des unabhängigen Elementes besitzen, sich in dem bevorstehenden Wahlkampfe zu stärken, so dürfen sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Nicht allein der patriotische Wunsch, der nordamerikanischen Republik den größtmöglichen Dienst zu leisten, sondern die Klugheit allein sollte sie zur Einsicht bringen, daß in dieser Beziehung die Nomination des besten Mannes, auch was den Erfolg betrifft, die allersicherste ist. Mit Recht sagte deshalb kürzlich Karl Schurz: „Vielleicht mehr als jemals in der jüngeren Geschichte der Vereinigten Staaten wird jetzt der beste Präsidentschaftskandidat die beste Chance haben."

—n.

Die bereits telegraphisch erwähnten parlamentarischen Mittheilungen der halbamtlichen „Prov.-Korr." lauten:

„Der Landtag der Monarchie wird, um den versammelten Provinzial-Landtagen die möglichst längste Frist für die Erledigung ihrer dringendsten Aufgaben zu gewähren, zum spätesten verfassungsmäßig zulässigen Termin, entweder zu Sonnabend, den 15, oder (wie im vorigen Jahre) zu Sonntag, 16., Vormittag, berufen werden. Der Staatshaushalts Etat wird dem Abgeordnetenhause alsbald vorgelegt werden. Nach der voraussichtlichen Ueberweisung desselben an die Budgetkommission werden die Arbeiten des Landtags wohl zunächst ruhen, um dem am 19 wieder zusammentretenden Reichstage die erforderliche Zeit zu seinen weiteren Berathungen zu lassen, die sich vornehmlich auf die Strafgesetznovelle, das Hülfskassengesetz, das Gesetz über die Einrichtung des Rechnungshofes, die Vorlage über den Invalidenfonds u. s. w. erstrecken dürften. Spätestens gegen Mitte Februar wird der Landtag mit seinen Arbeiten den Reichstag wieder ablösen. Die weitere Berathung der großen Reichs-Justiz-Gesetze wird sowohl mit Rücksicht auf den Stand der Arbeiten in der betreffenden Reichstagskommission, wie auch mit Bezug auf die sonstigen parlamentarischen Arbeiten kaum vor dem Herbst stattfinden können.

In Bezug auf die letztere Bemerkung theilt die „Nat.-Lib. Corr." mit, daß man innerhalb der Kommission selbst noch an der Hoffnung festhält, die übernommene Aufgabe bis zum Frühjahr erledigen zu können, und es fehlt nicht an Stimmen, welche noch immer eine Frühjahrssession des Reichstags als die einzige sichere Gewähr für das Zustandekommen der Justiz-Gesetze in der gegenwärtigen Legislaturperiode betrachten. Ob eine solche Frühjahrssession indeß überhaupt möglich sein würde, nachdem jetzt bereits die Dauer der demnächst wieder anfzunehmenden Wintersession bis auf Mitte Februar angenommen wird, muß freilich immer zweifelhafter erscheinen.

Anläßlich der Eröffnung der neuen Provinzial-Landtage schreibt die „Prov.-Korr." in einem „Die alten und die neuen Provinziallandtage" betitelten Leitartikel:

Die Wahlen zu den Provinzial-Landtagen scheinen die Erwartungen, welche von den neuen Versammlungen im Voraus gehegt wurden, im Großen und Ganzen vollauf bestätigt zu haben, und der neuen provinziellen Vertretung kommt fast allseitig das Vertrauen entgegen, daß sie mit derselben patriotischen Hingebung, welche die früheren Landtage jeder Zeit bethätigt haben, und mit der erhöheten Kraft, welche ihr die neuen Institutionen verleihen, ihre in jeder Beziehung erweiterte Aufgabe erfüllen werde.

Ueber die Eröffnung selbst giebt das halbamtliche Organ folgendes Resumé:

Die Provinzial-Landtage sind in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen am Montag (3.) feierlich eröffnet worden. In den Eröffnungsreden wurde von den Ober-Präsidenten besonders auf den erweiterten Wirkungskreis der neuen Provinzial-Landtage hingewiesen. Die Landtage schritten alsbald zu der Wahl der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreter. Bei diesen Wahlen bekundete sich durchweg das Bestreben, den Geist der Einigkeit zwischen den verschiedenen Elementen von vorn herein zur Geltung gelangen zu lassen. Während als Vorsitzende die in den alten Provinzial-Landtagen zumeist als Landtagsmarschälle in langjähriger Thätigkeit bewährten Großgrundbesitzer wiedergewählt wurden, in Brandenburg der frühere Minister-Präsident Freiherr von Manteuffel, in Schlesien der Herzog von Ratibor, in Sachsen der Graf zu Stolberg-Wernigerode, in Pommern Herr von Köller, — wurden zu Stellvertretern überall angesehene Vertreter von Städten, der Bürgermeister Hammer zu Brandenburg, der Ober-Bürgermeister von Forckenbeck zu Breslau, der Ober-Bürgermeister Hasselbach zu Magdeburg und der Ober-Bürgermeister Burscher zu Stettin, und zwar mit Einmüthigkeit gewählt. Die nächste Aufgabe der Provinzial-Landtage wird die Beschlußnahme über die Einrichtung der ständischen Verwaltung und die Wahl des Landesdirektors sein. Der Provinzial-Landtag für Preußen ist erst am Dienstag (4.) eröffnet worden.

Im Anschluß hieran bringt die „Prov.-Korr." folgendes Entrefilet über die Provinzialfonds:

Zur Ausstattung der verschiedenen Provinzen mit Fonds zur Selbstverwaltung waren zunächst durch das Gesetz von 1873 jährlich 6 Millionen Mark und sodann durch das vorjährige Dotationsgesetz etwa 7½ Millionen Mark aus den Einnahmen des Staatshaushalts-Etats unter Uebertragung der entsprechenden Ausgabeverpflichtungen zur Verfügung gestellt; die Vertheilung auf die einzelnen Provinzen erfolgt zu einer Hälfte nach dem Maßstabe des Flächeninhalts, zur anderen Hälfte nach dem Maßstabe der Zahl der Zivilbevölkerung. Außer diesen Jahresrenten sind den Provinzialverbänden die Kapitalbestände des nach dem Gesetze von 1873 gebildeten Fonds nebst den zugewachsenen Zinsen zu überweisen, — ferner eine Jahresrente von zusammen 19 Millionen Mark für die Uebernahme der Verwaltung und Unterhaltung der Staatschausseen und einige andere Zahlungen. Die Zahlung der den einzelnen Provinzialverbänden zustehenden Dotationsfonds mit Zinsen bis zum 1 Januar dieses Jahres wird im Laufe des Monats Januar — die Zahlung der Jahresrente aus der Staatskasse ebenfalls vom 1. Januar dieses Jahres ab in denjenigen Provinzen, in welchen die neue Provinzial-Ordnung eingeführt ist, unmittelbar nach der Wahl der zur Empfangnahme und Verwaltung berechtigten Organe erfolgen.

Aehnlich wie vor einigen Wochen in Westfalen ist soeben auch in der Rheinprovinz eine umfassende Petitionsbewegung in Sachen der „Schulfrage" in Scene gesetzt worden. Wie die westfälische Petition, so ist auch die am Rhein zirkulirende Bittschrift auf die ungeschmälerte Wiederherstellung des kirchlichen Einflusses auf die Volksschule gerichtet, doch unterscheidet sie sich von jener dadurch, daß sie sich wohl hütet, mit dem von den westfälischen Petenten so naiv ausgeplauderten eigentlichen Herzenswunsche der Ultramontanen, dem Verlangen nach der „Unterrichtsfreiheit" französischen Stils, ans Licht zu treten. Sie ersucht den Landtag, die Staatsregierung aufzufordern: „1) der in dem bestehenden Rechte begründeten und verfassungsmäßigen Forderung einer „möglichsten Berücksichtigung der konfessionellen Verhältnisse bei Einrichtung der Volksschule" überall, auch bei der Schulaufsicht, gerecht zu werden; 2) die nach der Verfassung den einzelnen Religionsgesellschaften zustehende Leitung des religiösen Unterrichtes in der Volksschule in der früheren Weise den Religionsgesellschaften zu belassen." Die „N.-L. C." äußert sich über diese Petition wie folgt:

Das erste der beiden Petitionen zielt, wie aus seiner näheren Begründung in dem Schriftstück hervorgeht, auf Beseitigung der weltlichen Schulaufsicht. Wie ein solches Verlangen aus der Verfassungsurkunde hergeleitet werden mag, ist schlechterdings unerfindlich. Die angezogene Bestimmung des Art. 24 ist in ihrer Fassung freilich keineswegs eine glückliche zu nennen, aber daß der Staat bei der Ernennung seiner Organe zur Beaufsichtigung der Unterrichtsanstalten irgendwie an konfessionelle Rücksichten gebunden sei, wird aus derselben auch der geschickteste Interpret nicht herauszudeuten vermögen. Unter diesen Umständen ist an eine beifällige Aufnahme des gedachten Verlangens von Seiten der Mehrheit der beiden Häuser des Landtags selbstverständlich nicht zu denken. Sollte die Petition in dieser Beziehung überhaupt irgend eine Wirkung haben, so würde es höchstens die sein, daß im Abgeordnetenhause die vollständige Aufhebung der erwähnten Bestimmung des Art. 24 beantragt würde. Die Absicht eines solchen Antrages ist bereits bei Gelegenheit der Vorlage wegen Aufhebung der Art. 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde aufgetaucht, wurde aber damals aus Opportunitätsgründen wieder aufgegeben. Das zweite Petitum richtet sich gegen das vom Staate beanspruchte und ausgeübte Recht, den Religionsunterricht in der Volksschule durch die von ihm angestellten Lehrer ertheilen zu lassen. Die Petition stützt sich hier auf die Bestimmung des Art. 24 der Verfassung: „Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften." Nach der Auffassung des Kultusministeriums schließt der Begriff „leiten" lediglich eine Aufsichts- resp. Beschwerdebefugniß der Religionsgesellschaften, keineswegs aber das Recht, den Religionsunterricht selbst zu ertheilen, in sich. Gegen diese Auffassung beruft sich die Petition auf die Ausführungen des Ministers v. Ladenberg bei der Entstehung der betreffenden Verfassungsbestimmung. Mag man aber über diesen Punkt denken wie man will, so viel steht jedenfalls fest, daß die Verfassungsurkunde das von der rheinländischen wie von der westfälischen Petition behauptete, unmittelbar aus dem Wesen der Kirche fließende und von derselben untrennbare Recht der Ertheilung alles Religionsunterrichts durchaus nicht kennt. Vielmehr betrachtet die Verfassung den Religonsunterricht ausdrücklich als einen integrirenden Bestandtheil der gesammten Unterrichtsaufgabe der Volksschule, und es ist somit zum mindesten von vornherein außer allem Zweifel gestellt, daß in Preußen die Kirche den Religionsunterricht keineswegs als ihre ausschließliche Domäne betrachten kann.

Wir haben unsere Zweifel darüber geäußert, daß der Abgeordnete Windthorst das ihm von dem „Deutschen Merk." bei seinen angeblichen Verhandlungen mit der Kurie zugewiesene Anerbieten machen durfte, insofern seinerseits die Annahme bestand, die Regierung werde die von der Kurie bezeichneten Bedingungen annehmen. Die „Germ." beleuchtet die Sache von der römischen Seite her, indem sie schreibt:

Der „Deutsche Merkur" tischt eine abenteuerliche Geschichte auf von Kompromißverhandlungen, welche Abg. Windthorst über die Köpfe der Bischöfe hinweg mit der Kurie gepflogen habe. Nachdem das Zentrum seiner Zeit sich die Berechtigung zu derartigen Unterhandlungen abgesprochen, wird Niemand von unseren Lesern ein solches Märchen glauben. Daß die „liberale" Presse von diesem Artikel Notiz nehmen würde, hätten wir um so weniger geglaubt, als derselbe dem Abgeordneten Windthorst die monströse Offerte in den Mund legt: „Dagegen sollte die ganze Maigesetzgebung unverändert angenommen werden." Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß verschiedene Punkte der Maigesetze erklärten Dogmen der katholischen Kirche widerstreiten; von einer Annahme solcher Bestimmungen kann also unter keinen Umständen die Rede sein. Wenn man sich doch allerseits diese absolute Unmöglichkeit gegenwärtig halten wollte!

In dem juristischen Fachblatt „Gerichtshalle", welches zu Wien erscheint, veröffentlicht der berühmte Rechtslehrer Holtzendorf aus München einen Aufsatz über das Thema der Todesstrafe in Oesterreich, aus dem nachstehende Stelle als von allgemeinem Interesse hervorzuheben ist:

„Wird irgendwo ein schweres Verbrechen begangen, so erfolgt in der Regel ein Aufschrei der Entrüstung und ein Verlangen nach Steigerung der Strafgesetze. Indem die Strafgesetzgebung diesen inunktiven Forderungen nachgiebt, beweist sie den stärksten Mangel an Einsicht. Die Wissenschaft hat, da sie im Stande ist, die Wirkungslosigkeit der quantitativ gesteigerten Abschreckungsmittel darzuthun, auf solche Ausrufungszeichen der erschreckten Gesellschaft ebenso wenig zu achten, wie der Chirurg auf den Schmerzensschrei des Patienten bei der Durchführung einer besonnenen, nothwendigen Operation. Augenblicklich scheinen viele Politiker in Deutschland dadurch beunruhigt, daß keine Todesstrafe auf die von Thomas in Bremerhaven vollbrachte Missethat gesetzt ist. Würde Thomas die That unterlassen haben, wenn sie mit Todesstrafe bedroht gewesen wäre? Dieser selbe Thomas, der durch nichts in der Welt überführt worden wäre, wenn er nach der Explosion aus seiner Kajüte ans Land gestiegen, schoß sich eine Kugel selbst vor den Kopf, weil seine That mißlungen war. Wie man gegenüber solchen schwersten Verbrech[illegible] Abschreckung reden kann, ist unbegreiflich. Wäre die Todesstrafe abschreckend, so müßte doch eine Hinrichtung sozusagen für eine Woche vorhalten. Der unermüdliche Sekretär der englischen Howard-Gesellschaft, Herr Tallack, berichtet aus neuester Zeit Folgendes: Im Anfang dieses Jahres wurden in Liverpool drei Verbrecher hinter einander gehenkt. An demselben Abende wurde daselbst ein Matrose erstochen. Die Assisen des darauffolgenden Sommers hatten in der Stadt und deren Umgebung sechs Morde und zwanzig Todtschlagsfälle abzuurtheilen, was seit langer Zeit nicht vorgekommen war.

Zur Erklärung dieser Deduktion müssen wir anführen, daß Prof. v. Holtzendorf ein entschiedener Gegner der Todesstrafe ist.

Deutschland.

△ **Berlin**, 5. Januar. Es wird jetzt durch Meldungen von allen Seiten bestätigt, daß die in Wien vereinbarten Vorschläge zur Pazifizirung der Balkan-Halbinsel den europäischen Großmächten zur Kenntnißnahme und Begutachtung vorgelegt sind. Es ist wohl von Interesse, im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit nochmals zu konstatiren, daß das österreichische Kabinet sich auf den Wunsch der deutschen Regierung zunächst über die Angelegenheit mit Rußland in volles Einvernehmen gesetzt hatte und daß sodann den zwischen den beiden in erster Linie betheiligten Mächten erzielten Vereinbarungen die Zustimmung der deutschen Regierung zu Theil geworden ist. Jetzt sind dieselben auch den übrigen beim pariser Frieden betheiligten Mächten, England, Frankreich und Italien, zur Kenntniß gebracht worden, und die bezeichneten Vorschläge werden nun von den drei verbündeten Kaisermächten gleichmäßig den anderen drei Garantiemächten zur Annahme empfohlen. — Der Kultusminister hat in Gemeinschaft mit dem Minister des Innern dem Vorstand der deutschen Shakespeare-Gesellschaft auf die schon erwähnte Eingabe wegen Gründung einer akademischen Hochschule für die dramatische Kunst eröffnet, daß der Inhalt derselben zum Gegenstand einer sorgfältigen Prüfung gemacht worden ist. Es habe dabei nothwendiger Weise die Frage zur Erwägung kommen müssen, ob von der Ausführung des in Rede stehenden Vorschlages allein eine erhebliche Wirkung in der beabsichtigten Richtung zu erwarten sei. Bis zum Abschluß der dieser Frage gewidmeten Erwägungen ist die Entscheidung über den Antrag vorbehalten worden. Einstweilen haben aber die beiden Ressortminister ihr Interesse für die angeregte Frage in bestimmter Weise kundgegeben.

— Bei dem Kronprinzen und der Kronprinzessin fand, der „Köln. Ztg." zufolge, am 3. d. Mts. ein Empfang von Vertretern der Wissenschaft statt, um die Betheiligung Deutschlands an der Ausstellung wissenschaftlicher Instrumente, welche im Mai im South Kensington-Museum zu London eröffnet werden wird, zu sichern. Das Komité wurde gebildet; anwesend waren außer den Ministern Achenbach und Falk die Herren Kirchhof, Dubois-Reymond, Dove, Förster, Hofmann, Wichelhaus, Reuleaux, Siemens und das londoner Komitémitglied Owen.

— Die Erwartung, daß in Folge des am 1. d. Mts. erfolgten Beitritts Frankreichs zum „Allgemeinen Postverein" auch das Porto für alle überseeischen Briefe, welche über Havre, Bordeaux, St. Nazaire, Marseille u. s. w. geleitet werden, eine Ermäßigung erfahren werden, ist leider nicht erfüllt worden. Wie die „Voss. Ztg." hört, wird im Jahre 1877 sich in Paris ein Kongreß Bevollmächtigter der zum „Allgemeinen Postverein" gehörigen Länder vereinigen zum Zwecke der Vervollkommnung des Systems des Vereins, der Einführung nothwendig gehaltener Verbesserungen und der Berathungen gemeinsamer Geschäfte und wird es dann hoffentlich dem deutschen Generalpostmeister gelingen, den in Rede stehenden Uebelstand zu beseitigen.

— Den Telegraphenbeamten ist nun der in St. Petersburg abgeschlossene internationale Telegraphenvertrag in französischer Sprache und in deutscher Uebersetzung zugegangen. Ferner haben sie eine vorläufige Zusammenstellung der sämmtlichen bis auf Weiteres zu erhebenden Gebührensätze erhalten. Ein endgiltig festgestellter Gebührentarif kann gegenwärtig nicht ausgegeben werden, weil mehrfache, auf die Gebührenfeststellung Bezug habende Entschließungen einzelner Länder bis jetzt noch ausstehen. Den bereits mitgetheilten, das Publikum interessirenden Bestimmungen des petersburger Vertrages sollen hier noch die weiteren wichtigsten hinzugefügt werden:

Der Aufgeber eines Telegramms hat das Recht, einen Empfangsschein mit Angabe der erhobenen Gebühr zu verlangen, welche auf 20 Pf. festgesetzt ist, zu entrichten mit aufgeklebten Telegraphenfreimarken oder in baarem Gelde. Irrthümlich zuviel erhobene Gebühren sollen den Betheiligten, wie auch bisher, zurückerstattet werden; hat die Einzahlung jedoch durch Aufkleben von Telegraphenfreimarken stattgefunden, so tritt die Erstattung nur auf Verlangen des Aufgebers ein. Tritt der Fall der Unbestellbarkeit eines Telegrammes ein, so ist die Absendung einer Unbestellbarkeitsmeldung Seitens des Adreßamts an das Aufgabeamt nicht mehr allgemein, sondern nur für den Fall vorgeschrieben, daß Grund vorhanden ist, anzunehmen, es sei die Adresse unvollständig oder falsch übermittelt worden, und wenn es sich nicht um eine „abgekürzte Adresse" handelt. Der Aufgeber und der Adressat eines Telegramms ist berechtigt, beglaubigte Abschriften der Urschrift bez. der Aufnahme sich ausfertigen zu lassen. Die Gebühr hierfür beträgt für jede Reihe von und bis zu 100 Worten 40 Pf. Um einen Nachweis für die stattgehabte Bestellung der Telegramme zu haben, sind sämmtliche angekommene Telegramme sofort bei der Ankunft in ein Bestellbuch einzutragen. Der Bote hat vor dem Abgange den Empfang der ihm übergebenen Telegramme zu bescheinigen und nach der Rückkehr die Angaben einzutragen, aus welchen ersichtlich ist, wie und wann die Zustellung bewirkt wurde.

— Aus der Sitzung des Provinziallandtags der Provinz Brandenburg vom 4. d. ist als bemerkenswerth Folgendes mitzutheilen:

Nach Berathung der Geschäftsordnung verhandelte man über die Kompetenzen des Landesdirektors. Herrschte auch bezüglich des Gehalts für den Inhaber dieses wichtigen und einflußreichen Postens volle Einmüthigkeit, so traten doch einige Differenzen über die Amtsdauer desselben zu Tage. Auf der einen Seite wurde befürwortet, denselben auf 12 Jahre zu berufen, auf der andern Seite wünschte man, die Amtsdauer des Landesdirektors mit Rücksicht auf die große Verantwortlichkeit dieses Amtes, vorläufig auf 6 Jahre festzustellen. Schließlich einigte sich der Landtag zu folgendem Beschluß: „Der Landesdirektor ist auf 12 Jahre zu wählen, sein Gehalt beträgt 15.000 Mark jährlich nebst freier Wohnung. Für seine Pensionirung gelten die Bestimmungen im § 65 der Städteordnung vom 30. Mai 1853, mit der Maßgabe, daß die Pension lediglich nach dem baaren Gehalt bemessen wird. Hat der Landesdirektor bis zum Eintritt in dieses Amt ein Staatsamt bekleidet, so erhält derselbe mindestens die Pension, welche ihm in seiner staatlichen Stellung zugestanden haben würde, wenn er zur Zeit seines Eintrittes in das Amt als Landesdirektor dienstunfähig geworden wäre. Diäten und Reisekosten erhält der Landesdirektor nach der für den Oberpräsidenten geltenden Bestimmung." — Die Wahl des Landesdirektors selbst soll in der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Breslau, 5. Januar. Der Landtagsabgeordnete Ferdinand Nöldechen, Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirter auf Wernersdorf, ist gestern im Alter von 58 Jahren gestorben. Derselbe war wiederholt als Vertreter des 6. breslauer Wahlbezirks (Striegau-Schweidnitz) gewählt und gehörte der neukonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses an. — Für das Bisthum Breslau hat der Papst nach einer Notiz der „Schl. V.-Ztg." die Jubiläumszeit bis Ostern d. J. verlängert.

Koblenz, 4. Januar. Wie die „Kobl. Z." hört, hat der Minister für geistliche 2c. Angelegenheiten gestattet, daß sich die folgenden Kongregationen mit dem Unterricht und der Erziehung der Jugend noch ferner beschäftigen, und zwar: die Franziskaner Tertiarerinnen zu Bendorf bis zum 1. Mai 1876; die barmherzigen Schwestern nach der Regel des h. Karl Borromäus zu Ehrenbreitstein bis zum 1. Mai 1876; die Salesianerinnen von der Heimsuchung Mariä zu Moselweiß bis zum 1. Oktober 1878; die Schwestern vom heiligen Geist nach den Regeln des h. Augustin hierselbst bis zum 1. Oktober 1876; die Schwestern vom armen Kindlein Jesu zu St. Barbara hierselbst bis zum 1. Mai 1879; die Brüder der christlichen Schule von La Salle hierselbst bis zum 1. Mai 1879, und dieselben zu Kemperhof bis zum 1. Mai 1879.

Detmold, 3. Januar. Der „Westf. Ztg." wird von hier geschrieben: Ueber unsern Fürsten Woldemar kursiren allerlei merkwürdige Gerüchte. So wird erzählt, er habe den Flügeladjutanten seines verstorbenen Bruders, v. Donop, mit dem Hinweis darauf, daß er, der Fürst, nicht Militär sei und darum auch keines Adjutanten bedürfe, des Dienstes entlassen. Dasselbe Schicksal soll dem Kabinetsrath v. Meisenburg widerfahren sein. Derselbe avancirte vor einigen Jahren zum großen Mißbehagen mancher Juristen in wenigen Monaten vom einfachen Auditor zum Kabinetsrath und dienstthuenden Kammerherrn und galt schon in den Augen Vieler für den Kabinetsminister in spe. Von noch einigen anderen hochgestellten Personen wird ein Gleiches erwartet. Als Faktum kann ich melden, daß der Fürst in den Weihnachtsfeiertagen die Gottesdienste, in welchen der General-Superintendent Koppen predigte, gemieden hat. Als Beweis von der Pietät des Fürsten für seine Großmutter, die Fürstin Pauline, wird angeführt, daß derselbe in der Regierungssession, der er beiwohnte, den Sessel und den Teppich gefordert und benutzt, dessen sich jene in

---

Symphonie-Konzert.

Nach kurzer Unterbrechung durch die Feiertage brachte uns der Mittwoch Abend das 4. der von Herrn W. Appold geleiteten diesjährigen Symphonie Konzerte. Der Saal, trotz 2 kurz vorhergegangener Vokalkonzerte und trotz der abwehrenden Haltung einer strengen Kälte, dicht gefüllt, übte schon dadurch in gewohnter Weise eine voraussichtlich günstige Kritik des zu Erwartenden. Die Ouverture zu „Die lustigen Weiber" von Otto Nicolai eröffnete. Eine würdige Nachfolgerin der berühmten Ouverture Mendelssohn's und zum Theil auch von dem Geiste durchweht, hat sie sich längst auf unserem Konzertprogramm eingebürgert. Auch die vorgestrige Wiedergabe lieferte den erneuten Beweis ihrer Lebenskraft. Die große „Leonoren-Ouvertüre", eine Wiederholung aus einem der früheren diesjährigen Konzerte, groß in ihren Ansprüchen an die Musiker, als auch eben so groß in ihrer Wirkung auf die Zuhörer, verlief ziemlich glatt.

Das Hauptinteresse des Abends hatte wohl Lachners Suite II. zu beanspruchen. Herr Appold hat uns in früheren Jahren schon dieselbe vorgeführt. Etwas im Händel'schen Stile gehalten, oft auch an Haydn anklingend, ohne des Stempels der Originalität zu entbehren, haben namentlich die Suite und ihre Genossen den Generalmusikdirektor Franz Lachner als einen Instrumentalisten von Bedeutung erkennen lassen. Läßt auch das Andante in Etwas die Tiefe der Klassiker vermissen, so entschädigen Menuett, Intermezzo, (dem ein Motiv aus „Der Zauberer und die Fee" desselben Komponisten zu Grunde liegt) und Gigue. Wie das Intermezzo das Scerzo der Sonate und Symphonie vertritt, so die Gigue den gewöhnlichen Allegroschlußsatz. Die welschen Gigues, dienten nicht zum Tanzen, sondern nur zum Geigen, wovon man auch den Namen ableitet; Händel setzte den Gigues seiner Klaviersuiten sogar oft die Tempobezeichnung „Presto" vor.

Die drei übrigen Nummern des Programms, Finale aus dem 4. Akt der Hugenotten, Abendlied von Schumann und Chanson d'amour von Taubert, letztere beide für Streichquartett, hätten wohl besser nicht hinter einander gespielt werden sollen, charakteristisch und musikalisch wahr gestaltete sich nur das Taubert'sche Stück. Bei Schumanns Abendlied konnte man sich in der wiedergegebenen Form kaum des Eindrucks erwehren, als ob ein Lied von Anfang bis zu Ende durch die Fistel gesungen würde. Auch Meyerbeer's prächtiges Duett, das schönste Stück der ganzen Oper, gewinnt gerade nicht durch diese Uebersetzung in's Blech. Die Durchführung auch dieser Nummern war eine vorzügliche.

— g.

Eine maritime Großmacht ohne Kriegsschiffe.*)

Es giebt Leute, welche glauben, das Wort „Lloyd" bedeute irgend eine mit der Seeschifffahrt oder dem Seeversicherungswesen zusammenhängende Institution oder Unternehmung, da es ja außer dem londoner Lloyd einen norddeutschen, auch einen in Triest und anderswo giebt. Das ist indessen ein recht großer Irrthum, den wir im Interesse unserer deutschen Binnenland Bewohner korrigiren möchten. Lloyd ist ein Name — gerade so wie Müller, Schulze, Schmidt u. a., nur mit dem Unterschied, daß dieser Eigenname mit der Zeit wirklich aufgegangen ist in dem großartigen, weltbekannten Institut, das ihn trägt. Selten wohl haben kleine — man findet sich versucht zu sagen: unbewußte — Anfänge zu so immensen Erfolgen geführt, als eben Lloyd's in London.

Vor langen, langen Jahren existirte in einer der engsten, finstersten und winkeligsten Gassen der City of London, in Abchurch Lane, eines jener eigenthümlichen londoner Kaffeehäuser, in denen sehr wenig und namentlich sehr schlechter, nach unsern Begriffen kaum genießbarer Kaffee, aber desto mehr Thee mit „Muffins" genossen wird, „chops" (Hammelkoteletten) und „steaks" (Beefsteaks) gegessen und Zeitungen verschlungen werden. Der Besitzer dieses „coffee-house" hieß Lloyd (ein Name, dem man noch heute in England und namentlich in Irland vielfach begegnet) — wie sonst, weiß man nicht: der Mann gehört jetzt in's Reich der Mythe. Was er früher war, weiß man auch nicht mit Sicherheit; vermuthlich aber Matrose, Steuermann, vielleicht selbst Schiffskapitain — genug, Theerjacke, denn so viel scheint die Tradition der Jetztzeit mit ziemlicher Bestimmtheit überliefert zu haben, daß sich in dem „coffee-house" des Mr. Lloyd Schiffskapitains mit Vorliebe aufhielten, behufs geschäftlicher Besprechungen sich dort zusammenfanden und das Lokal mit der Zeit einer Börse — einer Schifferbörse — en miniature gleich zu achten war.

Und was ist Lloyd's heute? — Ein Zwillingspaar des Unternehmungsgeistes und der Kontrole; eine mächtige Institution, die von dem längst vermoderten Kaffeehauswirth ihren Namen entlehnt, sonst aber mit dem Manne oder seinen etwaigen Enkeln oder Urenkeln (wenn deren vorhanden) Nichts gemein hat.

Das Institut des londoner Lloyd zerfällt in zwei distinkte Branchen: die Schiffs-Klassifikation und die See-Versicherung. Die Bureaux der ersteren befinden sich in nächster Nähe der londoner Börse — „royal exchange" —, ihr gegenüber in Cornhill (einer Straße der City); die der letzteren in der Börse selbst.

„Lloyd's Register of Shipping" ist der offizielle Name des Schiffs-Klassifikations-Instituts, dessen Sitz der White Lion Court, Cornhill, ist. Gegründet 1834, erstrebte es eine genaue und zuverlässige Klassifikation aller englischen sowohl wie auch derjenigen nichtenglischen Schiffe, die zu Handelszwecken in englischen Häfen verkehren. Die Beamten der Gesellschaft sehen vorzugsweise bei Inspizirung der Schiffe, welche in Lloyd's Register aufgenommen zu sein wünschen (und nicht darin zu sein wäre gleichbedeutend mit Nichtvorhandensein), auf deren Seetüchtigkeit, die solide Bauart des Rumpfes, die Dimensionen, die Zulänglichkeit und Güte des Inventars, endlich auf die Qualität der Maschine und den vorhandenen Raum für Feuerungsmaterial. Das Resultat der Untersuchung bestimmt die Klasse, unter welcher alsdann ein Schiff registrirt wird; außerdem wird noch seine Bauart, Tragfähigkeit, Größe, Takelung u. A. genau angegeben. Die Klasse wird durch Buchstaben, die Qualität der Takelung, des Inventars u. s. f. durch Ziffern bezeichnet, so daß beispielsweise ein unter A1 registrirtes Schiff in keiner Hinsicht Etwas zu wünschen übrig läßt. Ein so vortheilhaft klassifizirtes Schiff bleibt jedoch nur eine gewisse Reihe von Jahren unter dieser Rubrik, um dann in einer etwas niedrigeren Klasse zu rangiren, in welcher es nicht ganz so lange bleibt als in der Klasse A1. Mit der Zeit sinkt es dann tiefer und tiefer, bis es endlich unter E — in die letzte Klasse — fällt; dann kann man es als „nicht mehr seetüchtig" ansehen.

„Lloyd's Register" wird jedes Jahr neu gedruckt und über die ganze Welt versandt; in jedem beliebigen Hafen aller Erdtheile hat man sonach ein untrügliches „Schiffsbarometer." Ein jeder in der Schifffahrt, in der Seeversicherung Interessirte hat daher beständig einen Maßstab für die Tragweite seiner Unternehmung und seines Risiko zur Hand.

Auch ist man mit der Zeit dahin gekommen, um Schiffen eine ganz exzeptionelle Stellung zu sichern, dieselben unter Aufsicht von Lloyd's Agenten bauen zu lassen, solche Schiffe werden unter A 1* registrirt und diese Marke sichert ihnen neben den höchsten Frachten die niedrigste Assekuranz-Prämie.

Gegen 11,000 Schiffe waren 1874 registrirt.

Wir kommen nun zu der andern Branche, der See-Versicherung. Sie arbeitet der ersteren — und diese ihr — Hand in Hand. Sie ist glänzender logirt als das „Register of Shipping". Der Besucher tritt — in der Börse selbst — in einen großen, schönen, reich dekorirten Saal, von zwei Säulenreihen durchzogen, mit dem Wappen des Instituts (goldener Anker auf blauem Felde) geschmückt. Er sieht, ein Kolossalbarometer, einen Wind- und Sturmzeiger, welcher fort-

*) Unbefugter Nachdruck wird auf Grund des Gesetzes vom 11. Juni 1870 verfolgt.

den Sitzungen bedient habe. Mit der Ernennung eines Kabinetsministers wird es wohl gute Wege haben, da es die Absicht des Fürsten sein soll, nach dem Vorbilde seiner Ahnen, namentlich der obenerwähnten Fürstin Pauline und ihres Sohnes, des Fürsten Leopold II., ohne eine solche Behörde zu regieren. (?) Auch soll er beabsichtigen, in der nächsten Zeit die Städte und Amtssitze des Landes zu besuchen, um die Beamten und ganz besonders die Stimmung der Bevölkerung kennen zu lernen.

Leipzig, 3. Januar. Dem „Leip. Tageblatt" wird gemeldet: Eine vom Schlittschuhlaufen zurückkehrende junge Dame wurde mitsammt ihrem Begleiter am 11. Dezember von zwei Soldaten der bautzener Garnison ohne jede Veranlassung derartig mit den Seitengewehren mißhandelt, daß sie acht offene, tiefe und gefährliche Wunden am Hinterkopfe, der Herr aber außer mehreren unerheblichen Wunden eine gefährliche tiefe Wunde über die Stirn erhielt. Die Polizei, deren bewunderungswürdiger Scharfsinn sonst das dunkelste Verbrechen ans Licht zieht, ist merkwürger Weise den Soldaten gegenüber machtlos; ihre Nachforschungen haben die Verbrecher nicht ermittelt, obgleich die blutigen Säbel in der kleinen Garnison leicht entdeckt werden können, und die That sofort bekannt wurde. Die junge Dame liegt noch heute schwer darnieder; die Aerzte hegen über ihren Zustand die größten Bedenken. — Tags vorher wurde in Dresden ein Offizier verhaftet, der in angeheitertem Zustande in ein Geschäftslokal eingedrungen war und den Besitzer desselben mit dem Degen bedroht hatte, weil derselbe sich Zudringlichkeiten gegen sein Ladenpersonal verbat.

Frankreich.

Paris, 3. Januar. Die Nachricht der „St. Petersburger Ztg.", daß der französische Minister des Auswärtigen, Herzog von Décazes sein Portefeuille aufgebe, um den General Leflô in Petersburg als Botschafter Frankreichs zu ersetzen, ist von den hiesigen Offiziösen noch nicht dementirt worden. Sicherlich wird dies alsobald geschehen. Herzog Décazes soll geäußert haben, er könne Frankreich in Petersburg mehr nützen als in Paris, aber das trifft doch nur zu, wenn die auswärtige Politik nach dem Abgange des Herzogs Décazes in seinem Sinne fortgeführt wird; wozu bis jetzt wenig Aussicht ist. Und sollte Herzog Décazes das politische Ansehen, welches er sich in den letzten Jahren erworben hat, in Petersburg aufs Spiel setzen wollen, um den Versuch zu machen, Rußland für eine französische Aktionspolitik zu gewinnen? Dem Fühler, den die „Times" in dieser Richtung ausgestreckt hat, antwortete das „Journal des Débats" mit offenbarem Hohn unter Hinweis auf die allgemeine Lage Frankreichs. Und dieser Auffassung entspricht es, daß die Zustimmung Frankreichs zu dem Andrassy'schen Reformprojekt in nahe Aussicht gestellt wird. Der Artikel der „Times" hatte übrigens schwerlich einen anderen Zweck, als die verneinende Antwort der französischen Offiziösen auf die Anfrage Englands zu provoziren und den Beweis zu liefern, daß England, isolirt wie es ist, keine andere Wahl hat, als sich ebenfalls der Aktion der Ostmächte in Konstantinopel anzuschließen. Wenn die letzteren gleichzeitig den kriegslustigen Serben und Montenegrinern die Zähne weisen, so liegt darin eine Bürgschaft für die Westmächte, daß das Andrassy'sche Programm keine Kriegslist ist, um den Aufstand der Pforte gegenüber aufzumuntern. Wenn das wirkliche Sachlage ist, so kann man den Schwarzsehern an der Jahreswende die Genugthuung über ihre scharfsichtige Beurtheilung der politischen Lage gönnen, ohne deshalb der friedlichen Konstellation zu mißtrauen.

Das bereits erwähnte Breve, welches der Papst an den Unterrichtsminister Wallon als Verfasser einer Geschichte der „Johanna d'Arc" gerichtet, lautet nach dem „Osservatore Romano" wörtlich folgendermaßen:

Theurer und edler Sohn, Unseren apostolischen Segen! Mit vielem Vergnügen haben Wir die Geschichte empfangen, welche Sie von der sehr berühmten Jungfrau geschrieben haben, die man so treffend die „Jungfrau von Orleans" nennt, weil sie so wunderbar an der Befreiung dieser belagerten Stadt mitgewirkt hat. Wir freuen uns, daß Sie diesen herrlichen Ruhm Frankreichs in einer sorgfältigen Studie mit sinnreicher Zusammenstellung der einschlägigen Quellen so schön ins Licht gestellt und nichts bei Seite gelassen haben, was den Charakter, die Unschuld, die glänzenden Thaten und das Unglück dieser Heldin enthüllen kann. Gewiß wird Niemand verkennen, daß Gott nur in dem Wunsche, das niedergeworfene Schicksal Frankreichs wieder aufzurichten und ihm seinen rechtmäßigen König zu geben, ein schwaches Wesen auserseben hat, um die Starken zu Boden zu werfen, und daß er diesem jungen Landmädchen einen wahrhaft erstaunlichen Muth und eine ans Wunderbare grenzende Kenntniß der Dinge des Krieges und der Politik verliehen hat. Aber ach! man sah auch in diesem Falle wieder das Verbrechen des Undanks auftauchen, welches gewöhnlich den großen Wohlthaten folgt, wie man an vielen Beispielen der heiligen und profanen Geschichte sehen kann. Eifersucht, Neid, Parteienwuth stiften immer dem großen Verdienste Verkleinerer an; aber die Festigkeit und Ausdauer Jener, welche für die Gerechtigkeit Verfolgung erleiden, verleihen der Tugend der Bedrückten noch einen neuen Glanz, während die Bedrücker zu ewiger Schmach verurtheilt sind. Darum senden Wir Ihnen Unsere Glückwünsche, daß Sie durch Ihre gelehrten Forschungen und lichtvolle Darstellung der Thatsachen das Urtheil, welches die Geschichte über Johanna von Arc schon längst gefällt hat, bestätigt und erhärtet haben, und Wir wünschen Ihrem Werke zahlreiche Leser, damit sie nicht blos die Geschichte Frankreichs besser kennen, sondern auch durch den Gehorsam, das Leben und die Leiden Johanna's erfahren, wie nützlich und ruhmvoll es zu allen Zeiten ist, Gott zu gehorchen und sich um das Vaterland wohlverdient zu machen, und wie man vom Himmel und nicht von den Menschen den Lohn der guten That erwarten soll. Empfangen Sie also aus tiefstem Herzen Unseren apostolischen Segen als Vorboten der himmlischen Gnade und als ein Pfand Unseres väterlichen Wohlwollens, so wie Unserer dankbaren Gesinnungen gegen Sie.

Gegeben zu Rom bei St. Peter, den 25. Oktober 1875,
im 30. Jahre Unseres Pontifikats.

Papst Pius IX.

Paris, 4. Januar. Wie der Telegraph bereits gemeldet, ist heute Vormittags hierselbst der berühmte Orientalist Julius von Mohl gestorben. Julius von Mohl wurde als jüngerer Bruder des am 15. November vorigen Jahres verstorbenen Robert von Mohl am 25. Oktober 1800 zu Stuttgart geboren und widmete sich, nachdem er die nöthige Vorbildung erhalten, zunächst in Tübingen theologischen Studien, worauf er sich in England und Paris unter Sylvestre de Sacy und Rémusat mit den orientalischen Sprachen beschäftigte. Für eine außerordentliche Professur der orientalischen Sprachen nach Tübingen berufen, lebte Julius von Mohl abwechselnd auch in London und Oxford, bis er im Jahre 1832, von der französischen Regierung mit der Herausgabe eines größeren wissenschaftlichen Werkes für die „Collection orientale" beauftragt, in Tübingen seine Entlassung nahm und nach Paris übersiedelte, wo er als Mitglied der asiatischen Gesellschaft eine große Thätigkeit entfaltete und die Ergebnisse seiner Forschungen meist im „Journal asiatique" niederlegte. Im Jahre 1844 wurde er zum Mitgliede der Akademie der Inschriften, 1845 zum Professor des Persischen am Collége de France und 1852 zum Inspektor des orientalischen Druckes in der kaiserlichen Druckerei ernannt. Hervorgehoben zu werden verdient noch, daß die Ausgrabungen Botta's in Ninive hauptsächlich auf die Veranlassung und nach dem Plane Julius von Mohls unternommen wurden.

Spanien.

Madrid, 1. Januar. Ein junger Architekt, Herr Gerardo de la Puente, welcher in Berlin studirte und vor Kurzem außerordentlicher Professor an der hiesigen Bau-Akademie geworden ist, hatte schon vor längerer Zeit den Gedanken angeregt, zwischen dieser Akademie und der berliner Schule engere Beziehungen herzustellen. Seine Kollegen und namentlich der seitherige Direktor, Herr Francisco Jarenno, haben ihn in jeder Weise unterstützt, und so konnte dann vor einigen Tagen der Gesandte des deutschen Reiches, Graf Hatzfeldt, eine Sammlung von Gypsabdrücken, wie sie reicher nicht gedacht werden kann, in Augenschein nehmen, welche demnächst als Geschenk an die berliner Bau-Akademie abgeht. Die Zahl der Abdrücke, die meist von größerem Umfange sind, beträgt nahe an 300. Sie sind von besonderem künstlerischen Werthe, da in ihnen der arabisch-granadinische Stil, die spanische Renaissance, der gothische Stil aus der Blüthezeit und der maurische vertreten sind, welche alle ein großes Interesse für unsere angehenden Architekten haben. Gewonnen wurden diese Schätze auf Ausflügen der hiesigen Studirenden unter Leitung ihrer Professoren. Graf Hatzfeldt sprach sich sehr befriedigt sowohl über die Sammlung selbst aus, als auch über den Zweck, dadurch den Anfang zu dauerden und freundschaftlichen Verbindungen mit der berliner Schule zu machen. Die weitere Besichtigung des Gebäudes zeigte in erfreulicher Art, daß hier mit Ernst und Eifer gelehrt und mit Lust gearbeitet wird. Die Zeichnungen der Studenten waren ohne Ausnahme rein gehalten und ganz besonders geschmackvoll. Der Direktor und sämmtliche Professoren, welche unseren Gesandten in der liebenswürdigsten Weise empfangen und durch viele große Räume geleitet hatten, konnten es sich zuletzt nicht versagen, demselben einen Einblick in den Saal zu gewähren, wo eben Deutsch gelehrt wurde. Der Unterricht unserer Sprache liegt in den Händen Herrn Navarro's, welcher ebenfalls in Berlin studirt hat und in Anerkennung der in Deutschland genossenen Bildung und gastlichen Aufnahme, gleich seinem Freunde de la Puente, für deutsche Wissenschaft und deutsches Wesen wacker eintritt.

Großbritannien und Irland.

London, 3. Januar. Der Bericht an das Handelsamt mit den Resultaten der Untersuchung über den Untergang des Dampfers „Deutschland" ist noch nicht an die Oeffentlichkeit gelangt; wie indessen verlautet, wird dies nicht mehr viele Tage dauern. Inzwischen hat die Aufregung, welche der ganze Vorfall hier kaum minder als in Deutschland hervorgerufen hatte, sich gänzlich wieder gelegt, einerseits durch die rückhaltslose Ehrenerklärung, wie die Sachwalter der deutschen Regierung und des Norddeutschen Lloyd sie den Bewohnern von Harwich abgaben, und anderseits durch die vernünftige Haltung, mit welcher die deutsche Presse das Ergebniß der Beweisaufnahme entgegengenommen hat. Man scheint sich eben hier in England nur gar zu gut der Thatsache zu erinnern, daß es englische Blätter waren, welche die Vorwürfe der Plünderung und Verstümmelung zuerst erhoben, und daß sogar die angesehenste illustrirte Zeitung ein phantasiereiches Bild von der Beraubung des Wrackes veröffentlichte, welches angeblich von einem Augenzeugen entworfen worden sein sollte. Wie gesagt, die handelsamtliche Untersuchung über deren ganzen Verlauf die Vertreter der deutschen Regierung sich überaus befriedigt fühlen, hat alle diese Anschuldigungen auf ihr Nichts zurückgeführt, und es bleibt zu hoffen, daß der traurige Vorfall schließlich nicht vorübergeht, ohne einen bleibenden Vortheil für England sowohl wie für Deutschland zurück zu lassen — für England die Herstellung einer telegraphischen Verbindung zwischen den Leuchtschiffen und dem Festlande, für Deutschland die Anordnung ähnlicher Untersuchungen über die Ursachen der wichtigeren Schiffsunfälle an der heimischen Küste. Die „Times" zollt heute dem Verhalten der deutschen Behörden und der Vertreter Deutschlands bei der Untersuchung einige Worte der Anerkennung, welche wir nicht unterdrücken wollen:

Nichts kann befriedigender sein. Nicht der geringste Argwohn gegen die englische Justizreform oder gegen die englischen Seeleute ist laut geworden, und die Resultate der Beweisaufnahme hat man mit vollständiger Offenheit entgegengenommen. Dies ist der Geist, wie er zwischen dem Seedienste zweier großen Nationen herrschen sollte, und wir haben für Worte der Anerkennung zu danken, welche durch ihren Inhalt kaum minder, als durch den Ton, in welchem sie gesprochen wurden, nicht umhin können, alle Mißverständnisse zu heben, welche das Schicksal des „Deutschland" entschuldbarer Weise Anfangs in Deutschland veranlaßt hatte.

Ein in Europa wohl nur wenig bekanntes englisches Regierungsblatt „the Malta Governement Gazette" veröffentlicht in seiner Nummer vom 10. Dezember einen Vertrag zwischen England und Tunis, welcher in 42 Artikeln dem englischen Handel bedeutende Vorzüge vor dem der andern Nationen und namentlich vor dem nächstbetheiligten Frankreich sichert. Das Dokument ist in englischer und arabischer Sprache ausgefertigt und trägt das Datum des 19. Juli 1875, resp. des 16 Tages des Gumad el Thany des Jahres 1292 nach der Hedschra. Abgesehen von dem Aufsehen, welches dieses Abkommen an sich in Frankreich machen wird, ist der Umstand von einigem Interesse, daß der Vertrag erst nach dem Abschluß des Handels mit Egypten bekannt gegeben wurde, obgleich er schon sechs Monate alt ist. Die „Republique française" erfährt aus Tunis, daß demnächst ein zweiter Vertrag zwischen der britischen und der tunesischen Regierung zur Perfektion gelangen solle, welcher England das Monopol für den Export von Gerste, Roggen und Weizen sichert. Auf diese Weise habe, so bemerkt der Korrespondent, England sich auf dem fruchtbaren Boden des alten Karthago ein großartiges Proviantmagazin errichtet, aus welchem es seine Flotten jederzeit versorgen kann, falls dieselben einmal auf dem mittelländischen Meere in Aktion zu treten hätten. Der Korrespondent verspricht weitere Details und beschränkt sich für diesmal auf die Bemerkung, daß jener Vertrag für England das Privilegium einer ausschließlichen Konkurrenz gegenüber den andern Nationen enthält und es in die Lage bringt, die der europäischen Finanzkommission im Interesse aller Gläubiger der Regentschaft eingeräumte Kontrole der Einnahmen vollständig illusorisch zu machen.

---

während mittels eines Bleistifts Windrichtung und Windstärke notirt. Hier werden ca. 90 pCt. aller Assekuranzen auf Schiffe oder Ladungen abgeschlossen, soweit sie direkt oder indirekt den englischen Seehandel berühren. Hier kann man psychologische Studien machen. Es liegen da täglich Bücher auf, welche über Schiffsverluste, andere welche über glücklich am Bestimmungsort angekommene Schiffe genaue Information geben: die Gesichter Derer, welche über die Einen gebeugt sind, drücken die höchste Pein und Seelenangst, die Anderer hohe Befriedigung aus. Hier sind Tausende gewonnen, dort vielleicht Millionen verloren.

Und wie werden die Versicherungen bei Lloyd's bewirkt? — Das eben ist das Interessante. Kapitalisten, Subskribenten, Unternehmer und Spekulanten — alle Theilnehmer an „Lloyd's Rooms" — gehen dort aus und ein. Ein Schiff soll für eine bestimmte Summe mit seiner Ladung versichert werden; zu diesem Zweck liegt eine Subskriptionsliste aus, auf welcher die Qualitäten des betreffenden Schiffes nach „Lloyd's Register" angegeben sind. Die Unternehmer 2c. drängen sich herzu und je nachdem die Angelegenheit günstige oder ungünstige Seiten bietet, unterzeichnen sie ihren Namen mit Beifügung der Summe, die sie riskiren wollen, oder sie zucken die Achseln und ziehen sich zurück. So wird oft eine Versicherung überzeichnet, während ein anderer Subskriptionsbogen ganz ohne Unterschrift bleibt.

Da sieht man mitunter Leute, denen man kaum für einen Thaler Kredit geben möchte — ihrem Aeußern nach, Tausende unterzeichnen, und man sieht dann Namen, deren Kredit fest steht auf Börse und Bank und die oft fürstliche Vermögen repräsentiren; ihre Namen sind so gut wie baares Geld oder, nach einem englischen Diktum, wie die Noten der „Bank of England."

Allerdings giebt es in London auch zahlreiche Gesellschaften, welche sich dem Versicherungs-Geschäft ausschließlich widmen; doch sie können diesem System der Lloyd's Versicherung niemals eine erfolgreiche Konkurrenz machen: die größten, schwerwiegendsten Versicherungen werden in Lloyd's Räumen (rooms) auf der Börse zum Abschluß gebracht. Es ist eine große Seltenheit, daß ein Mann — wie reich er auch sein möge — auf sich allein eine solche Versicherung nimmt.

Das ist das System von Lloyd's — und daß es ein gutes, deß ist die ganze Welt Zeuge.

„Lloyds List" wird täglich veröffentlicht; sie bringt die Notizen über die glückliche Ankunft der Schiffe, welche bei ihrem Bureau klassifizirt und registrirt sind. Bei Lloyd's nicht registrirt zu sein, ist, wie schon weiter oben bemerkt, eigentlich ein Unding, und ein solches Schiff wird früher oder später materiell gezwungen, das Versäumte nachzuholen, da die Mehrzahl der großen (und keineswegs blos englischen) Rheder ein Schiff nicht „chartert" oder befrachtet, welches in „Lloyd's Register" nicht zu finden ist. Und das erstreckt sich wiederum nicht allein auf englische, es erstreckt sich auf die Schiffe aller die See befahrenden Nationen, auf alle Schiffe, die überhaupt je in den Fall kommen können, mit dem englischen Seeverkehr irgendwie in Berührung zu kommen.

Lloyd's hat seine direkten oder mittelbaren Vertreter über die ganze Erde verbreitet; in allen Häfen sind sie, überall wachen ihre Augen, von allen Punkten aus geben sie ihren londoner Bureaux Nachricht, nach überall hin reichen die Verbindungen dieses gewaltigen maritimen Instituts. Stets sind die Agenten Lloyd's bereit, wie es die Berichterstatter der großen englischen Zeitungen sind, auf dem kürzesten und schnellsten, wenn auch theuersten Wege ihren Chefs in England alle die Nachrichten zu übermitteln, welche die Interessen ihres Instituts berühren.

„Lloyd's Register", „Lloyd's List" und Lloyd's Seeversicherung bilden — zusammengehörig wie sie sind — eine maritime Großmacht ohne Kriegsschiffe! — — (T. K.)

---

* **Zwei Silberjubilare.** R. Gottschall in Leipzig macht darauf aufmerksam, daß die Leiter der größten deutschen Hofbühnen in diesem Jahre das Fest ihrer 25jährigen Amtsthätigkeit als Bühnenlenker feiern werden. Am 1. Februar 1876 werden es 25 Jahre, daß Dingelstedt die Intendanz in München übernahm und am 1. Juni 1876 ebenfalls 25 Jahre, daß v. Hülsen die berliner Generalintendanz antrat. Als Dramaturg wirkte Dingelstedt bereits an der stuttgarter Hofbühne, ehe er den Ruf nach München erhielt.

---

* **Magdeburg**, 4. Januar. Die „M. Z." schreibt: Mit der nahenden Vollendung des inneren Ausbaues und der künstlerischen Ausstattung unseres neuen Stadttheaters gewinnt allmählich auch die Organisation des künftigen Kunstbetriebes in den großen, schönen Räumen bereits deutlichere Gestalt. Nach Allem, was wir von den Absichten des Herrn F. Schwemer hören, dürfen wir annehmen, daß er sich seiner Aufgabe, in ihrer Größe und ihrer Schwierigkeit, vollkommen bewußt und ernstlich bemüht ist, „eine Bühne zu gründen, welche der Stadt zur Ehre gereichen und dem Publikum Vergnügen und Genuß bereiten soll." Das ausführende Personal der Instrumentisten und der dramatischen Künstler ist bereits vollständig angeworben. Der Kreis der Bühnenkünstler soll sehr namhafte und gutberufene Mitglieder enthalten. In dem Personalverzeichniß der Oper allein treten uns 6 erste Soprane, 5 Tenore, 6 Bässe und Baritons entgegen, welchen sich ein Gesangschor von 32—36 Stimmen, 2 erste und eben so viel zweite Solotänzerinnen und 6 andere Ballerinen anschließen sollen. Wie für eine in Zahl und Güte genügende Auswahl des darstellenden Personals, ist auch bereits für das künftige Repertoire gesorgt: im Schauspiele sind die Werke der namhaftesten Dichter wie sämmtliche Neuheiten von bewährtem Rufe gesichert. Für die Oper sind manche neue Partituren zur Aufführung gewonnen: wir nennen u. a. „Die Maccabäer" von A. Rubinstein, „Die Folkunger" von E. Kretschmer, „Macbeth" von W. Taubert, „Das goldene Kreuz" von J. Brüll, „Die Mönkguter" von Radecke, „Die bezähmte Widerspänstige" von H. Götz, während R. Wagner's „Meistersinger" in nicht zu ferne Aussicht gestellt werden. Aus bester Quelle können wir mittheilen, daß der Voranschlag des jährlichen Gagenetats für Kunst- und technisches Personal sich auf nahe 285.000 Mk. beziffert, wozu noch die gesetzlichen Zahlungen für Aufführung neuer Werke in Oper und Schauspiel in einer Höhe von vielleicht 20,000 Mk. treten, so daß die Gesammtausgaben, Pachtzins, Beleuchtungskosten, Requisiten u. dergl. eingerechnet, eine verhältnißmäßig außerordentliche Höhe erreichen werden. (Wir beneiden die Magdeburger aufrichtig. Red. d. Pos. Z.)

---

* **Ueber das Weinhausleben** des alten Berlin entnehmen wir einem Feuilleton der „Magdeb. Ztg." von Julius Faucher Folgendes: „Die ältesten Erinnerungen in dieser Beziehung, von denen ich weiß, haften an dem Weinhause und Weinkeller von Maurer und Bracht in der Brüderstraße in Alt-Kölln. Dieses Weinhaus liegt schräg gegenüber der eben so alten Nicolaischen Buchhandlung und bildete wohl deswegen einen wöchentlichen Vereinigungspunkt von Lessing, als er in Berlin wohnte, Moses Mendelssohn und dem Buchhändler und Aufklärungsschriftsteller Nicolai. Noch zeigt man im Keller den Tisch und die rohen Holzstühle, auf welchen sie gesessen haben. Sie sollen sich wöchentlich unter einander vorgelesen haben, was sie geschrieben hatten. Dies wäre also die älteste Kunde von einem Schriftstellerkränzchen in Berlin in einem Weinhause. Eine Ueberlieferung, für deren Genauigkeit ich aber keine Bürgschaft übernehmen kann, erzählt, daß Mendelssohn eines Abends (1766) den Freunden seine Schrift vorgelesen habe: „Phädon, über die Unsterblichkeit der Seele". Außer den Dreien war Niemand im Keller als Grützmacher, ich glaube ein Pulvermüller Friedrichs des Großen. Ein sandiger Landstrich bei Berlin hat noch von ihm den Namen. Er saß mürrisch von den Dreien abgewendet und trank seinen Wein für sich, hörte aber der Vorlesung zu. Als Mendelssohn geendigt hatte, verharrten die beiden Anderen im Schweigen, weil sie wohl keine Lust hatten, eine Meinung über die Sache abzugeben. Endlich sagte Grützmacher immer noch abgewendet: „Ick glaube nich an die Unsterblichkeit". „Warum denn nicht, Herr Grützmacher?" fragte Lessing. „Na, wenn ick dran glaube und sie kommt nich, ärgere ick mir; und wenn ick dran glaube und sie kommt, is et och noch so. Wenn ick aber nich dran glaube, und sie kommt nich, denn schadet et nicht. Dagegen, wenn ich nich dran glaube und sie kommt, freue ick mir." Was die Drei zu diesem ganz utilitarischen Unglauben gesagt haben mögen, ist mir nicht berichtet worden."

„Sowohl für unsere algierischen Grenzen wie für unsere Mittelmeerhäfen müßte die Regentschaft von Tunis ein großer französischer Markt sein. Kommt der Vertrag zu Stande, so können wir sicher sein, daß die Ziffern unseres Geschäftsverkehrs davon empfindlich berührt werden dürften. Aber wird er zu Stande kommen und werden die andern Mächte ebenso wie die Finanzkommission keinen Protest erheben? Man muß es hoffen, denn ohne mich einer Uebertreibung schuldig zu machen, kann ich Ihnen versichern, daß ein sehr klar blickender und wohlunterrichteter Mann mir erklärte, dieser Vertrag werde für die Engländer nicht weniger vortheilhaft sein, wie der Ankauf der Aktien des Khedive.

Die von der Regierung erworbenen **Suezkanal-Aktien** sind auf dem Truppen-Transportschiff „Malabar", welches das 107. Regiment aus Indien brachte, in Portsmouth angekommen und von einem Beamten des Schatzamtes in Empfang genommen worden. Das kostbare Papier war in vier Geldschränken verpackt.

Die „Times" giebt Egypten den Rath, sich aus Ersparnißrücksichten seiner Armee und Flotte zu entledigen und dafür die englische zu substituiren. Sie sagt:

„Egypten bedarf keiner Flotte und wenn es sich verderblicher Kriegszüge nach Süden enthält, so braucht sein Heer wenig mehr als ein Polizeicorps zu sein. Von der Türkei hat es Nichts zu fürchten aus dem einfachen Grunde, weil England keine Angriffe von dieser Seite her dulden würde. Andrerseits würde weder England noch der Rest der Großmächte dem Khedive gestatten, die aggressive Politik Mehemed Ali's wieder aufzunehmen. Egypten steht thatsächlich unter dem Schutz derselben Staaten wie die Türkei und wir speziell können ihm die Nothwendigkeit ersparen, eine kostspielige Armee aufrecht zu erhalten.

London, 3. Januar. **Lord Stratford de Redcliffe** vor 20 Jahren englischer Botschafter in Konstantinopel, seitdem zwar nicht mehr aktiv im Staatsdienst, aber als Mitglied des Oberhauses lebhaft an den Phasen der orientalischen Frage betheiligt, durch den Glanz seiner früheren Wirksamkeit noch heut von hohem Einfluß auf die öffentliche Meinung Englands, dringt in einer Zuschrift an die „Times" entschieden auf die Betheiligung Englands bei Lösung der orientalischen Frage und seine Vorschläge stimmen wesentlich mit Andrassy's Reformideen überein. Folgendes der Hauptinhalt seines Schreibens:

Die „Times" rieth bei der Wiedereröffnung der orientalischen Frage zu einer Politik gänzlicher Unthätigkeit auf Seiten Englands und malt die Verhältnisse der Türkei zur Unterstützung ihrer Ansicht in den allerdemüthigendsten Farben aus. Daß die Türkei schwach, fanatisch und mißregiert ist, kann Niemand verneinen; aber meiner Ansicht nach wäre es ein großer und gefährlicher Irrthum, hieraus zu folgern, daß England am besten daran thäte, sie ganz sich selbst zu überlassen. Indessen es giebt der türkischen Staatsmänner wenigstens einige, welche vorsichtig genug sind, unter der Wucht einer vernünftigen Pression lieber sich zu beugen als zu brechen. Und auch die muselmännischen Unterthanen des Sultans sind nicht ganz so unlenksam, daß ihre Haltung bei der Durchführung unliebsamer Reformen zu Besorgnissen Anlaß geben sollte. Die orientalische Frage ist eine Wirklichkeit von unbestimmbarer Zeitdauer; wie ein Vulkan hat sie lange Ruhepausen, aber ihre Ausbrüche sind häufig und heftig und verderbenbringend in ihren Folgen. Die bedeutenden christlichen Mächte haben alle ein größeres oder geringeres Interesse an dem Geschicke eines Reiches, dessen Ringen um das Leben, dessen Todeskampf in der Auflösung ganz Europa unvermeidlich in einen Zustand großer Aufregung, wenn nicht allgemeiner Feindseligkeiten versetzen mußte. Unter diesen Umständen scheint es kaum glaublich, daß England die Rolle eines müßigen Zuschauers spielen soll. Eine derartige Haltung gegenüber so positiven Interessen und so drohenden Gefahren käme einem Aufgeben seiner hohen Stellung und der damit verbundenen hohen Pflichten gleich. Allerdings bleibt England nichts weiter übrig, als von zwei Uebeln das kleinere zu wählen; aber selbst die Wahl des größeren von ihnen wäre besser als eine eben so erniedrigende wie gefährliche Gleichgültigkeit.

Den Krieg auf der einen Seite und eine schadenbringende Zergliederung der Türkei auf der anderen, vermag der britische Einfluß doch wohl sicher zu verhüten. Der Vertrag von Paris giebt uns das Recht, in türkischen Angelegenheiten mitzusprechen. Ueberläßt man die drei Nordmächte sich selbst, dann werden sie sich natürlich von ihren eigenen Ansichten leiten lassen. Es liegt augenblicklich kein Grund vor, Rußland zu mißtrauen, aber es gehört doch zum nämlichen Triumvirat, welches die Theilung Polens vornahm, und das Zurücktreten Englands könnte von ihm vielleicht als eine günstige Gelegenheit angesehen werden. Das moralische Gewicht Englands wird aller Voraussicht nach bei einer Konferenz der fünf oder sechs Garantiemächte den Ausschlag geben. Englands Politik würde im Prinzip von Niemand angefochten werden können, denn ihre Hauptpunkte wären natürlich Erhaltung des Friedens, Stützung der Türkei, Aufbesserung ihrer administrativen und insbesondere ihrer finanziellen Lage, und schließlich Gleichstellung aller Klassen der Bevölkerung. Eine Annahme der zur Sicherung der Reformdurchführung nothwendigen Maßregeln wäre auch viel wahrscheinlicher, wenn dieselben von sämmtlichen Mächten vorgeschlagen werden mit der Befürwortung Englands, dessen Rathschläge stets einen defensiven oder konservativen Charakter getragen haben — defensiv mit Bezug auf die Donau und den Bosporus, konservativ bezüglich der allein praktischen Verlängerung der politischen Existenz der Türkei. Die nöthigen Maßregeln, welche durch ihre Nothwendigkeit zum geringen Uebel werden, sind eine gemischte, organisirte Oberaufsicht im Innern und ein gemeinschaftlicher konventioneller Druck von Außen. Diese Maßregeln, auf ein System zurückgeführt, würden ohne allen Zweifel einer Kuratel gleichkommen, allein in Wirklichkeit hat die Türkeit sich schon längst in diesem Zustande befunden, und wäre die Vormundschaft von Rechtswegen geltend gemacht worden, dann wäre die gegenwärtige Verwicklung der Pforte erspart geblieben. Den Eingeborenen fehlt es offenbar an dem aufklärenden Element des Verkehrs mit Ausländern; es fehlt ferner an ausländischer Mitwirkung behufs richtiger Gestaltung praktischer Reformen und vor allen Dingen an einem aufrechterhaltenen Einflusse seitens der freundlichen Regierung, mit welchem nicht zu scherzen wäre. Die Bestimmung des pariser Vertrages, welche den Mächten jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei untersagt, ist eine bestimmte und begrenzte. Die christlichen Bevollmächtigten gaben nur das Versprechen ab, daß die Mittheilung der Reformen des Sultans zu keiner solchen Intervention berechtigen sollte. Aber andere Rechte des Eingreifens stehen den Mächten noch immer zu, insbesondere denjenigen, welche sich entweder moralisch auf die Seite der Türkei stellten, oder ihr Geld und ihr Blut für die Sache des Sultans im Krimkriege opferten. Ueberdies bauten sich die Verpflichtungen, selbst wenn man sie in ihrer weitesten Auslegung nimmt, auf die Ehrenhaftigkeit des Sultans, auf und hörten somit durch Nichterfüllung der Gegenverpflichtung auf zu bestehen. Vom religiösen Standpunkte aus, kann kein Christ mit einer muselmännischen Regierung sympathisiren. Das Wohlwollen einiger und die Nachsicht aller Mächte hat die Pforte sich aus ganz anderen Gründen erworben — nämlich dem Verlangen, ganz Europa vor einem allgemeinen Kriege und einige der europäischen Staaten vor den Gefahren der speziellen Vergrößerung eines Nebenbuhlers zu behüten. Allein das Wohlergehen der Türkei wäre eine natürliche Folge des oben vorgeschlagenen Planes, und Diejenigen, welche denselben befürworten, sind die besten Freunde des ottomanischen Reiches.

gez. Stratfort de Redcliffe.

St. Leonards, 31. Dezember.

Rußland und Polen.

Petersburg 2. Januar. Die „Pet. Z." bringt zu der Sensation erregenden Enthüllung Girardins heut folgenden bemerkenswerthen Artikel:

Zu den mannigfachen bisher immer vergeblichen Versuchen der französischen Diplomatie, das herzliche Einvernehmen zwischen Rußland und Deutschland zu zerstören hat sich allem Anschein nach in den letzten Tagen ein neuer gesellt; und da sich wohl kein Diplomat mehr fand, der bei dieser „Enthüllung" Gevatter stehen wollte, so hat Herr von Girardin, der tapfere Federheld, der anno 1870 die Prussiens mit Kolbenstößen in den Rücken über den Rhein jagen wollte, sich dieser unförmlichen Ente angenommen und sie mit Pauken und Trompetengeschmetter der staunenden Welt als ein von Preußen im Jahre 1867 Oesterreich angebotenes Allianzprojekt vorgesetzt, das wir seinem Inhalt nach ohne Weiteres als eine freche Fälschung zu bezeichnen geneigt sind. Man vergegenwärtige sich nur, daß derselbe Graf Bismarck, der nach Ueberwindung unzähliger sich seiner Politik in den Weg stellender Hindernisse durch den Frieden von Nikolsburg Oesterreichs Ausschluß aus Deutschland erzwungen hatte, wenige Monate später die Hand zur Wiederherstellung des Dualismus in Deutschland geboten haben soll, und zwar unter Bedingungen, die den langjährigen Freund Preußens, Rußland, eben so gut wie England zu einem Gegenbündniß mit Frankreich hätten treiben müssen; man denke nur daran, daß die zahlreichen unzufriedenen und antipreußischen Elemente, an denen es wahrlich nach dem Kriege von 1866 in Nord- und Süddeutschland nicht fehlte, in dem wieder in den deutschen Bund zurückgeführten Oesterreich eine natürliche Stütze gefunden haben würden, und man wird darin mit uns übereinstimmen, daß größerer Blödsinn dem Fürsten Bismarck wohl noch nie in die Schuhe zu schieben versucht worden ist. Als die Franzosen im Jahre 1870 einen Grund zum Kriege mit Preußen nothwendig gebrauchten, da fand die „Nordd. Allg. Ztg." ihr ganzes Beginnen „zu dumm!" Dies Wort paßt auch heute vortrefflich auf Herrn von Girardin's jüngste Enthüllung — sie ist zu dumm.

Dasselbe Blatt spricht sich über die Bemühungen des ultramontanen Frankreich, an Rußland einen Bundesgenossen zu finden, folgendermaßen aus:

Gar wunderlich nimmt es sich nebenbei aus, daß aus demselben Lande, welches nicht müde wird, seine politischen Lockrufe an die ferne Newa zu senden, immer wieder auch Stimmen erschallen, welche das bekannte geflügelte Wort unseres Reichskanzlers über die über und durch Frankreich Europa drohende Gefahr zu bekräftigen nur allzu geeignet sind. So brachte Veuillot's „Univers" jüngst einen Artikel über „das russische Protektorat und die Christen im ottomanischen Reiche", welcher mit folgenden Worten schließt: Rußland ist und wird immer die größte Gefahr sein, welche den Katholizismus und den Okzident bedroht. Papst Pius IX. hat es zweimal gesagt: zu dem Bischof von Basel und zu den Pilgern von Laval. Mögen die lichtvollen prophetischen Worte des Statthalters Jesu Christi stets in dem Gedächtniß aller Katholiken eingegraben bleiben, dann wird die Gefahr beschworen werden können, weil es keinen Abfall und keine Enttäuschung mehr giebt."

Parlamentarische Nachrichten.

* Von den selbständigen **Handwerksmeistern** Berlins ist eine Petition an das Haus der Abgeordneten erlassen, in der an dasselbe die dringende Bitte gerichtet wird, bei der königlichen Staatsregierung zu beantragen, daß 1. für die Einführung **obligatorischer Fortbildungsschulen**, und resp. 2. für Einrichtung von Gewerbe-Handwerkerkammern schleunigst Sorge getragen wird. Zur Motivirung des ersten Theils der Petition heißt es nach der „Voss. Z." u. A.: „Es ist allgemein bekannt, daß sich der allergrößte Theil der jungen Leute, welche sich der Erlernung irgend eines Gewerbes widmen aus denjenigen Volkskreisen rekrutirt, welche in Bezug auf Schulbildung leider am schlechtesten dastehen. Aus diesem Grunde ist es eine Sache der höchsten Nothwendigkeit, für die weitere Ausbildung der Handwerkslehrlinge Sorge zu tragen, da ohne eine solche erweiterte Bildung der Handwerker den heutigen Zeitverhältnissen gegenüber seine gesellschaftliche Stellung nicht mehr sichern kann. Die Fortschritte auf industriellem Gebiete erfordern gebieterisch, den Handwerkern eine größere Bildungssumme zuzuführen, weil ohne dieselbe der Gewerbetreibende seine Stellung als Staatsbürger nicht aufrecht erhalten und die mit derselben verbundenen Aufgaben nicht in genügender Weise erfüllen kann. Wir sind aber außerdem der festen Ueberzeugung, und hoffen hierin mit dem hohen Hause der Abgeordneten vollständig übereinzustimmen, daß nur die mangelhafte Bildung in den Handwerkerkreisen es ermöglicht hat, daß die sozialdemokratischen Agitatoren für ihre ebenso thörichten als staatsgefährlichen Lehren ein so gut zu beackerndes Feld unter den Arbeitnehmern gefunden haben. Zweifellos würde eine bessere Schulbildung in jenen Kreisen das bisher stattgefundene Ueberwuchern des sozialdemokratischen Unkrauts verhütet haben. Nach unserer unmaßgeblichen Meinung kann es auf diesem Gebiete eine Besserung erst geben, wenn die von uns geforderte Einrichtung segensreich gewirkt hat."

Lokales und Provinzielles.

Posen, 6 Januar.

— **Propst Tomicki** aus Konojad bei Kosten hat in der ersten Nummer der von ihm redigirten „Oswiata" (Bildung) sein **Programm** veröffentlicht. Das Blättchen soll ein „katholisch nationales Wochenblatt für den Mittelstand" sein, seine Leser mit der Vergangenheit (Polens) bekannt machen, die Hoffnung auf die Zukunft rege erhalten und verhüten, daß sie in der traurigen Gegenwart den Muth nicht verlieren. Die „Oswiata" will keine religiösen Gegenstände behandeln, aber trotzdem „auf katholisch nationalen Fundamenten" bauen, auf welchen das polnische Vaterland erstanden ist, und „ohne welche es keine glückliche Zukunft zu erwarten hat".

r. **Im Volksgartentheater** trat am Mittwoch die Rainersche Tyroler Konzert-Sängergesellschaft zum ersten Male auf, nachdem sie bekanntlich an den beiden Tagen zuvor im Lambertschen Saale gesungen hatte. Auch hier riefen die Leistungen der Gesellschaft den lebhaftesten Beifall des zahlreich versammelten Publikums hervor. Der Gesang gewann dadurch an Abwechslung und Wirkung, daß zwei kleine Lustspiele, welche von dem Schauspieler-Personal des Hauses gespielt wurden, mit den beiden Gesangs-Abtheilungen wechselten. Auch war dadurch, daß die Gesellschaft in einer Alpenlandschaft auf der Bühne sangen, ein wirksamer Hintergrund gewonnen, der zu dem Kostüme und dem Gesange aufs Beste paßte. Von den im Chore gesungenen Liedern sprachen, theils wegen der prächtigen Melodieen, theils wegen der vorzüglichen Aufführung, besonders an: der Dachstein Marsch; Zillerthal, mein' Freud'; über Berg und Thal, und die urkomische „ländliche Konzertprobe"; von den Quartetten: „Jägers Echo". Die Schönheit und Frische der einzelnen Stimmen kamen besonders zur Geltung im Schneeglöckerl von Senger, vorgetragen von einer Sopran- und einer Altstimme, in dem Tenor-Solo „Die Gondoliere" und in einem Sopran-Solo. Lebhaften Beifall riefen auch die Leistungen des jungen Rainer auf dem sogenannten „hölzernen Gelächter" hervor, einem Instrumente, welches ähnlich konstruirt ist, wie die Glas- oder Stahlharmonika, nur mit dem Unterschiede, daß hier die abgestimmten Stäbe, welche geschlagen werden, aus Holz bestehen. Den Schluß der Aufführung machte der „Frohsinn auf der Alm" mit dem Schuhplattl Tanze. Es erinnerte diese Aufführung lebhaft an das bekannte Defregger'sche Bild, auf dem ein bereits recht bejahrter, aber noch lebenslustiger Alter eben mit einer schmucken, derben Aelplerin zu dem „Schuhplattln" antritt.

— **Aus Newyork** sendet uns ein Freund unseres Blattes folgenden Ausschnitt aus der dortigen „Staats-Ztg.": Ein bekannter deutscher Turner, **Julius Müller**, ist nach langem schwerem Leiden in St. Louis gestorben. Geboren in Posen, als Kind eines deutschen Vaters und einer polnischen Mutter, war er in seiner Jugend ein glühender Patriot und nahm 1846 und 1848 an den Freiheitsbestrebungen lebhaften Antheil. In Folge der 1848er Ereignisse wanderte er nach Amerika aus und kam nach St. Louis. Er war eines der ältesten und eifrigsten Mitglieder des dortigen Turnvereins. Als der Krieg ausbrach, gehörte er zu den Ersten, die für die Union die Waffen ergriffen und St. Louis und Missouri der Union erhalten halfen. Er nahm an dem Feldzuge unter Lyon und Sigel Theil und trat später in die Kompagnie A des 17. Missouri- (Turner-) Regiments, zu dessen Kapitän er sich hinaufschwang. Er hielt in der Armee aus, bis ihn der Verlust eines Beines dienstunfähig machte.

λ **Krotoschin,** 5. Januar. [Ehrengeschenk an den früheren Landrath Krupka. Stadtverordnetenwahl.] Der im Inseratentheile der „Posener Ztg." vor Kurzem ergangene Aufruf, behufs Betheiligung an der Absendung einer Adresse resp. eines Ehrengeschenkes an den früher hier amtirenden Landrath Krupka, jetzigen geheimen Regierungsrath in Flensburg, hat ein ersprießliches Resultat geliefert. Die Theilnahme war eine ungewöhnliche, und trotz der Kürze an Zeit, welche zwischen dem betr. Aufruf und dem Jubiläumstage lag, konnte doch eine mit vielen Unterschriften versehene Dankadresse in Begleitung eines prachtvollen silbernen Tafelaufsatzes, von hier an den Bestimmungsort abgehen. — Gegen die am 24 November v. J. erfolgte Stadtverordnetenwahl ist wegen verschiedener Formfehler Protest erhoben worden, welche Angelegenheit vorläufig noch schwebt. Ich erlaube mir hierbei auf jene Wahl zurückzukommen: Dieselbe ergab zwei interessante Resultate. Erstens ist, entgegen dem Beschlusse der Vorversammlung der ersten Wahlabtheilung, der betreffende Kandidat jüdischer Konfession nicht gewählt worden, wodurch die jüdische Bevölkerung unserer Stadt überhaupt in der Stadtverordnetenversammlung nicht vertreten ist. Andererseits fand in der zweiten Wählerklasse, theils um die jüdischen Kandidaten auszuschließen, theils um gewisse Persönlichkeiten durchzubringen, ein sehr beliebtes Manöver statt, nämlich: ein Kompromiß der evangelischen Deutschen, darunter fast sämmtlichen Subaltern Beamte, mit den Polen. So darf man sich freilich nicht wundern, wenn in unserer deutschen Stadt unter 18 Stadtverordneten, 8 Polen und 2 kath. Deutsche, die oft mit jenen stimmen, sich befinden, und die deutsche Stadt somit eine polnische Stadtverordneten-Majorität besitzt.

Bromberg 3. Januar. [Machen Sie keine Dummheiten.] Heute gegen Mittag versuchte ein angetrunkener Mensch sich in der Brahe am Mühlendamme zu ertränken. Er war schon bis an die Hüften ins Wasser gegangen, da bemerkten ihn von der Brücke aus ihm zwei bekannte Personen. Sie rufen ihm zu, keine Dummheiten zu machen und aus dem Wasser zu gehen. Das that der Lebensmüde denn auch. Er gab an, aus Angst vor seiner bösen „Alten" (seiner Frau) habe er sich das Leben nehmen wollen.

Schönlanke, 3. Januar. [Volkszählung.] Nach den bisher angestellten Ermittelungen hat die am 1. Dezember pr. hier stattgehabte Volkszählung folgendes Resultat geliefert: männliche Personen 1877, weibliche 2091 und abwesende Personen 60; zusammen also 4028 Personen. Im Jahre 1871 betrug die Einwohnerzahl exkl. des Dorfes Schönlanke 4094 mithin pro 1875 weniger 66 Personen.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Chemnitz,** 5. Januar. Produkten-Börsenbericht von Hermann Jastrow. Wetter: rauh und kalt. Weizen niedriger, gelber 200—216 M., weißer 210—220 M. Roggen sehr schwaches Geschäft, zu unveränderten Preisen. 170—180 M., Gerste leblos 177—186 M. Hafer nominell, 150—160 M. Erbsen, Mahl- und Futterwaare, 150—160 Mark. Alles per 1000 Kilo.

Weizenmehl Nr. 00 32,00 M., Nr. 0 30,00 M., Nr. I. 27,00 M. Roggenmehl Nr. 0 25,00 M., Nr. I. 24,00 M. per 100 Kilo.

Vermischtes.

* **Wenn man die Einnahmen** der verschiedenen Theater in Berlin jährlich auf 6 bis 8 Millionen Mark veranschlagt, wird das nicht zu hoch gegriffen sein; das Beispiel eines Tages wird dies beweisen. Am Neujahrstage sind von den Privattheatern folgende Einnahmen gemacht worden: Wallnertheater 3,660 Mark. Viktoriatheater 3,235 Mark, Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater 2,900 Mark, Woltersdorftheater 2775 Mark (am Sonntag, den 2 Januar wurde mit 2776 Mark die höchste, bisher überhaupt erzielte Einnahme erreicht), Residenztheater 2340 M. 50 Pf. Von fünf Theatern somit eine Einnahme von 14,910 Mark. Die Einnahmen der königlichen Theater am Neujahrstage wird man auf 7500 M. zu veranschlagen, die des National-, Stadt- und Kroll'schen Theaters zusammen auf 6500 Mark zu berechnen haben. Es ergiebt das eine Summe von rund 29,000 Mark, die an einem Tage in Berlin allein in den größeren Theatern als Entree verausgabt wird. Hierzu kommen noch etwa fünfzehn kleinere Theater und zwei Zirkus, letzterer allein mit einer Feiertagseinnahme von zusammen mindestens 7,500 M. Berechnet man also die Ausgabe, welche das berliner Publikum am Neujahrstage oder an einem anderen Sonn- oder Feiertage für Theater und Schaustellungen macht, auf 45,000 M., so wird eine solche Summe eher zu niedrig, als zu hoch gegriffen sein. Im Laufe des Jahres 1875 hat das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater allein — es wird das einen Maßstab für die Gesammtsumme bilden können — eine Einnahme von, in runder Summe, 550,000 Mark erzielt. (B. C.)

♂ **Thorn,** 5. Januar. [Verwaltungsbericht des Magistrats. Schauspieler-Strike] In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde auch nach vierjähriger Unterbrechung zum erstenmal wieder ein Verwaltungsbericht des Magistrats erstattet. Früher, zum letztenmal 1870, wurden diese Berichte im Laufe des Sommers an die sich dafür Interessirenden gedruckt ausgegeben, diesmal wurde er von dem Magistrats Dirigenten vorgelesen, was beinahe 4 Stunden Zeit erforderte, so daß in der erwähnten Sitzung nichts anderes mehr vorgenommen werden konnte. Dem Verwaltungsbericht war der Entwurf des Kämmerei Kassen Haupt Etats für 1876 beigegeben, der in Einnahme und Ausgabe auf 358,000 M. balancirte bei 176,700 M. Einnahme durch direkte Kommunalsteuer. — Das neue Jahr hat mit einem am 2 Januar im Theater vorgekommenen Vorfall begonnen, der wahrscheinlich zu einem Prozesse führen wird. Fast die ganze unter Direktion des Theaterunternehmers Th. Basté stehende Gesellschaft machte am 2 Januar Strike, weil sich ein großer Theil Abzüge bei der Gagezahlung gefallen lassen mußte, welche nicht für gerechtfertigt gehalten wurden. Obwohl die Mitglieder öffentlich erklärten, sie seien bereit, zwar nicht den Forderungen des Hrn. B. wegen, aber wohl aus Achtung vor dem zahlreichen Zuschauerkreise zu spielen, zeigte Hr. B. doch den Ausfall der Vorstellung an und bat, die Billete für die in nächster Zeit von ihm zu arrangirenden Opern-Vorstellungen zu verwenden. Am 4 wurden von beiden strikenden Parteien heftige Erklärungen veröffentlicht. Hr. B. wirft seinen Mitgliedern Undank für gewährte Geldhülfen und Kontraktbruch vor, die Mitglieder klagen über schlechte Behandlung mit Anführung einiger allerdings drastischer Beispiele, und über Rücksichtslosigkeit der Direktion in Hinsicht auf die Geldverhältnisse der Mitglieder. Diese haben sich nun vereinigt, und wollen auf gemeinschaftliche Rechnung Vorstellungen geben. Der Besitzer des im v. J. benutzten Sommertheaters hat bereits Schritte gethan, um für diese Vorstellungen in seinem Lokale die Konzession zu erhalten. Das Publikum spricht sich fast einstimmig für die strikenden Schauspieler und gegen Dir. B. aus, der schon im März v. J. hier ähnliche Vorgänge herbeiführte.

* **Eine mysteriöse und skandalöse Geschichte** erzählt der „Börs. Cour." wie folgt: In den letzten Tagen ist ein Jahr seit dem Verschwinden einer Persönlichkeit vergangen, das seiner Zeit in den nächstbetheiligten Kreisen ein ungeheures Aufsehen erregte. Da seitdem die Gerichte ihre Thätigkeit in der Angelegenheit eingestellt haben, zu einer besonderen Belebung derselben auch wohl aus mancherlei Gründen sich kaum angespornt fühlen dürften, so greift man heute durch eine Mittheilung der Thatsachen sicher nicht mehr in den Gang der Ereignisse ein; die Affaire hat eine gewisse Aehnlichkeit

(Beilage.)

mit der des, wegen Wechselfälschung verurtheilten Adjutanten des Herzogs von Meiningen, des Oberst v. Engel. — In dem Badestädtchen N—heim bildete sozusagen den Mittelpunkt der dortigen Gesellschaft der „Baron“ und seine Gemahlin die „Baronesse“ F—r. Das Ehepaar war bereits seit zwölf Jahren dort ansässig, machte ein glänzendes Haus und genoß ein ganz besonderes Ansehen, umsomehr, als der Großherzog von H. — in seinem Lande liegt der ziemlich bekannte Badeort, der bis zum Jahre 1872 Spielbad war — den Baron und die Baronin F. zu ganz besonderen Günstlingen erkoren hatte. Der Großherzog verlebte einen großen Theil des Jahres auf seinem Lieblingsaufenthalte, dem alten Schlosse F—berg, das kaum eine halbe Stunde von N. entfernt liegt. Er pflegt dort ein idyllisches Stillleben gemeinsam mit einer treuen „Pflegerin seines Alters,“ einer ehemaligen Koryphäe vom Ballet seiner Residenzstadt zu führen, ein Stillleben, das nur wenige Sterbliche zu schauen noch weniger zu theilen, gewürdigt werden. Nur Baron und Baronin F—r machten eine Ausnahme von der allgemeinen Regel. Sie waren die intimsten Freunde, die fortwährenden Gäste des großherzoglichen Hausstandes, dessen Beherrscherin man in N—heim fast täglich im offenen Wagen der Baronin F. ihren Besuch abstatten sehen konnte. Machte diese Gunst allein schon das Paar zu gesellschaftlichen Herrschern in N., so wußte die „Baronesse“ auch anderweit diesen Vortheil zu behaupten. Sie war umschwärmt von allen Offizieren der Umgegend, sie war geachtet, gefeiert, verehrt und beneidet. Ja, als im Jahre 1870 die Comtesse Bismarck in N. weilte, um ihren Bruder, der dort Heilung für seine Wunden suchte, zu pflegen, wurde sie von dem ersten Arzt des Bades in das Haus der Baronesse eingeführt, in dem sie denn auch während ihres Aufenthaltes verkehrte. Wie gesagt, wußte das Paar diese, für ein Städtchen wie N. immerhin hervorragende Stellung denn auch viele Jahre lang zu behaupten. Da tauchten plötzlich allerlei beunruhigende Gerüchte in N. auf. man steckte die Köpfe zusammen und endlich, gerade am ersten Morgen des vorigen Jahres hieß es — Baron F. sei verschwunden. Und in der That bestätigte sich die Nachricht sehr bald darauf, bestätigten sich sogar die Gerüchte, die sich an sie knüpften, in einem ungeahnten Umfange. Baron F. war all die Jahre hindurch Falschmünzer gewesen, hatte falsches Papiergeld in beträchtlichen Summen angefertigt und es in dem benachbarten Frankfurt a. M. in Zirkulation zu bringen gewußt. Wie groß die gefälschten Summen gewesen, ist niemals klargestellt. Die Polizei forschte nun aber weiter nach und fand, daß selbstredend der Barontitel des Flüchtigen eine Fiktion, daß er selbst ein einfacher Schwindler Namens F. war, der zwölf Jahre hindurch das Publikum von N. mitsammt dem Großherzog dupirt hatte, den letzteren sogar in so hohem Grade, daß F. selten bei einer Hoffestlichkeit fehlen durfte. Die „Baronesse“ war nicht seine wirkliche Frau, sondern nur seine Maitresse gewesen, die Jahre lang mit ihm zusammen gelebt hatte und die, wie sich nachträglich herausstellte, es in gewissen Punkten mit ihrer fiktiven Ehe nicht allzu strenge genommen hatte. Die Flucht des Baron F. erregte, wie erwähnt, in den betheiligten Kreisen ein kolossales Aufsehen. Seine Verfolgung blieb fruchtlos; wohin er sich gewendet, scheint nicht bekannt geworden zu sein. Die „Baronesse“, deren Nichttheilnahme an den Fälschungen festgestellt ist, tauchte jüngst unter anderem Namen in Berlin auf.

* **Barmen**, 2. Januar. [Postdiebstahl.] Wir lesen in der „Westf. Ztg.“: „Auf der Strecke zwischen Düsseldorf und Barmen ist, wahrscheinlich im fahrenden Posteisenbahnwagen, während der Packetverkehr in der Weihnachtszeit einen solchen Umfang erreicht hatte, daß zur Bewältigung der Geschäfte die ambulanten Postbeamten es nicht zu ermöglichen im Stande waren, die Verlesung und postalische Behandlung der einzelnen Poststücke genau nach den bestehenden Vorschriften auszuführen, vielmehr nur fertig werden konnten, wenn sie eine summarische Behandlung eintreten ließen, ein bedeutender Diebstahl ausgeführt worden. Das Verbrechen begangen zu haben, steht seit einigen Tagen ein Postschaffner, der deshalb bereits verhaftet ist und in Untersuchung sich befindet, im Verdacht. Es handelt sich um den Verlust eines Werthstücks von 2400 Mark, welches in Leinwand eingenäht und von Düsseldorf nach Barmen bestimmt war. Statt desselben fand sich ein Werthstück im angegebenen Betrage von 1600 Mark, adressirt an eine in Barmen wohnende Person vor. Letzterer ist das Stück zur Empfangnahme postamtsseitig präsentirt worden, und es ist, obgleich der Adressat die Annahme verweigerte, weil er kein Werthstück zu erwarten hatte, durch nachherige Oeffnung des Packets ermittelt, daß dasselbe nur nachgemachte Rollen von Holz, Makulatur und sonstiges werthloses Papier enthielt. Der Dieb muß sich zuvor auch in den Besitz einer wirklichen Packetadresse gesetzt haben, die er für die richtige untergeschoben, weil nach dem Verschwinden des gestohlenen Werthstückes von 2400 Mark ein solches von 1600 Mark und auch eine auf einen anderen als den Namen des Adressaten des letzteren Werthstücks lautende Packetadresse sich vorfand. Nachdem diese Thatsachen konstatirt waren, ist man in der Ansicht bestärkt worden, daß den Diebstahl nur eine solche Person ausgeführt, die mit den postalischen Einrichtungen vertraut war. Das fingirte Werthstück von 1600 Mark muß selbstverständlich vorher angefertigt worden sein, um es gelegentlich wo wegen des übergroßen Verkehrs unterwegs an ein vorschriftsmäßiges Arbeiten nicht mehr zu denken war, für ein zu entwendendes Stück unterzuschieben. Auf den erwähnten Postschaffner, der, so viel wir erfahren, dem ambulanten Postamt Aachen angehört, hat sich deshalb der Verdacht sofort gelenkt, weil er kürzlich überführt ist, einen zu Vaels in Holland aufgegebenen Brief unterschlagen zu haben, in welchem er wahrscheinlich Geld vermuthet hatte.

Briefkasten.

G. bei G. Von einem fürstlichen Domänenpächter bei Trachenberg geht uns folgende Auskunft zu: „Nad estav mas nessa cozo heißt wörtlich: War nicht mehr am Orte. Das portugiesische Wort cozo bedeutet einen umfriedeten Raum.“

D. in M. Bis jetzt bedürfen wir keines Korrespondenten für Mohrungen und Umgegend.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

Telegraphische Nachrichten.

Köln, 6. Januar. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Wien, Lord Derby habe bei Entgegennahme der Zirkularnote des Grafen Andrassy sich einen achttägigen Termin, bis zum 12. Januar, vorbehalten, um dieselbe gründlich zu prüfen. Italien hat gleich zugestimmt.

Aufruf.

In Folge unseres ersten Aufrufs sind uns, wie bereits angezeigt, von vielen Seiten Beiträge zur Linderung der durch die Explosion in Bremerhaven verursachten Noth zugeflossen, und wir sagen dafür allen Gebern herzlichen Dank. Aber so erheblich die eingegangene Summe, im Ganzen bis jetzt cirka 100,000 Mark, auf den ersten Blick erscheinen mag, so sind wir gleichwohl genöthigt, nochmals mit der dringenden Bitte um weitere reichliche Gaben hervorzutreten, da nur durch Aufbietung ungewöhnlich großer Mittel der Zweck erreicht werden kann, den in Folge einer unerhörten Schandthat in schwere Bedrängniß und zum Theil in tiefes Elend Gestürzten wirksame Hilfe zu leisten. Es handelt sich nicht allein um die Abwendung der augenblicklichen Noth, — dazu freilich würde die bereits vorhandene Summe mehr als ausreichen — sondern auch, und vor Allem um Abwendung von Nahrungssorgen, in welche zahlreiche Familien auf viele Jahre hinaus dadurch gerathen, daß ihre Ernährer plötzlich durch jähen Tod hinweggerafft oder durch Verstümmelung arbeitsunfähig geworden sind. Nach den uns zugegangenen Nachrichten werden wahrscheinlich etwa 56 Wittwen, etwa 135 Waisen und etwa 20 Invaliden zu berücksichtigen sein.

Es leuchtet ein, daß die bis jetzt vorhandenen Mittel entfernt nicht ausreichen, um allen diesen Familien bis zu der Zeit, wo etwa heranwachsende Kinder die ihnen entrissenen Ernährer ersetzen können, oder aus anderen Ursachen ihre Bedürftigkeit hinwegfällt, die erforderliche Beihilfe zu gewähren, und doch muß das geschehen, wenn wir Alle unserer Menschenpflicht gegen die unglücklichen Opfer des Verbrechens gerecht werden wollen. Unser Wunsch ist es, unter solchen Umständen ein Kapital zu sammeln, das mit den Zinsen genügt, um so lange, wie es erforderlich ist, die nöthigen jährlichen Unterstützungen zu gewähren. Wir werden nach Beendigung der Sammlungen einen je nach dem Betrage der eingegangenen Gaben näher festzustellenden Plan über die dem entsprechende Verwendung der Gelder veröffentlichen und müssen einstweilen dafür das den Unterzeichneten schon so oft bewiesene Vertrauen unserer Mitbürger in Anspruch nehmen.

Wir fügen schließlich hinzu, daß auch unter den bei dem Schiffbruche der „Deutschland“ Verunglückten sich einige in gleicher Lage befinden, wie die Opfer der Explosion in Bremerhaven. Es sind uns bereits einige für dieselben speziell mitbestimmte Gaben zugegangen. Mit Freuden sind wir zur Empfangnahme und Verwendung auch solcher Gaben auch fernerhin bereit.

Mögen beide furchtbare Unglücksfälle, so verschieden ihre Ursachen darin die gleiche Wirkung zeigen, daß der eine wie der andere uns Alle zu ungewöhnlichen Anstrengungen opferfreudiger Nächstenliebe anspornt!

Bremen und Bremerhaven, 18. Dezember 1875.

Das Comité.

Heinr. Claussen, Obernstr. 11A. F. Wm. Delius, Langenstr. 135. Justus Finger, Redaktion der „Bremer Nachr.“. Richard Fritze, Ansgariikirchhof 1. C. F. Geyer, Obernstraße 15. Senator Albert Gröning, Löningstraße 19. W. Gutkese, Bremerhaven. Wm. Haas, Bismarckstr. 31. H. M. Hauschild, Langenstraße 35. J. H. v. Hunteln, Nordstr. 30. Dr. J. G. Kohl, Schulhof. L. Köhler, Bremerhaven. J. D. Kroog, Bremerhaven. H. H. Meier, Breedenstr. 7. Dr. E. Meinertzhagen, Contrescarpe 12. N. Mohr, Redaktion der „Weserzeitung“. A. G. Mosle, Martinistr. 26. N. A. Ordemann, Redaktion des „Courier“. Chr. Papendieck, 2. Schlachtpforte 1A. P. Rickmers, Bremerhaven. Amtmann Schultz, Bremerhaven. Senator H. A. Schumacher, Dobben 78. F. E. Schütte, Langenstr. 97. Aug. Steinhäuser, Sögestr. 41. J. P. Stiegmann, Bremerhaven. Ed. Ulrichs, Bremerhaven. L. v. Vangerow, Bremerhaven. Friedr. M. Victor. Gottfried Wenke, Bremerhaven. E. Wieting, Bremerhaven.

Die Expedition der Posener Zeitung erbietet sich Beiträge entgegenzunehmen und an das Komité abzuführen.

Eingesandt.

Den folgenden Aufruf an Deutschlands Frauen und Jungfrauen entnehmen wir der in Berlin (Louis Gerschel) erscheinenden Zeitschrift „Die gefiederte Welt“:

Zahlreiche Frauen in England traten vor längerer Zeit zusammen, um an die Kaiserin von Brasilien eine Bitte zum Schutz der Vögel zu richten. Die prachtvollen Tropenvögel werden nämlich in immer zunehmender Anzahl getödtet, lediglich für den Zweck, daß ihr farbenreiches Gefieder zum Schmuck der Damenbekleidung diene.

Gebildete und edle Frauen mußten es wohl einsehen, welche Entwürdigung der Vorzüge ihres Geschlechts darin liege, wenn harmlose Geschöpfe massenweise blos deshalb vernichtet werden, um Putzgegenstände aus ihnen zu machen. Diesem Unfuge zu steuern wußte man dort keinen andern Weg zu finden, als den eines gesetzlichen Verbots, welches freilich bis jetzt in Brasilien noch nicht erzielt ist. Obwohl aber der Vogelfang in England bestraft wird und trotzdem die Zeitungen einstimmig diese Mode verurtheilen, so werden dennoch auch dort immerzu zahlreiche Vögel für dieselbe gefangen und es bewahrheitet sich auch bei dieser Gelegenheit nur zu betrübend, daß überall, wo menschliche Eitelkeit und Putzsucht in's Spiel kommen, auch die härtesten Gesetze machtlos sind.

Seitdem hat sich diese schimpfliche Mode auch bei uns in Deutschland eingenistet; auch deutsche Frauen tragen Vögel auf den Köpfen und doch könnte man glauben, es bedürfe kaum des Hinweises, daß diese Mode gleichermaßen wider das Gefühl und den Geschmack sündigt. Sollte es wirklich eine deutsche Frau geben, welche wünschen könnte, daß zum Schmuck für ihren Hut ein harmloses, schönes und überaus nützliches Geschöpf gemordet werde! Andrerseits kann es doch wahrlich kaum etwas Geschmackloseres geben, als das Thun einer Putzmacherkunst, welche aus einem bunten Stiglitzkopf, einem grünen Papageienrumpf und weißen Taubenflügeln einen solchen Hut-Vogel zusammensetzt.

Die Frauen, welche bis jetzt dieses Schmuckes sich bedienten, haben also zweifellos noch niemals daran gedacht, welches schwere Unrecht sie sich gegen die Natur, gegen den guten Geschmack und gegen ihr eigenes Menschenherz zu Schulden kommen lassen.

Es wird daher zweifellos nur dieser Erinnerung bedürfen, um alle gesetzlichen Maßregeln überflüssig zu machen; deutsche Frauen und Jungfrauen werden die unwürdige Mode des Hutschmucks mit ausgestopften Vögeln verabscheuen.

Dr. Karl Ruß.

Bekanntmachung.

Im Monat Januar c. liefern nachbenannte Bäcker das Roggenbrot und die Semmel zu den angegebenen schwersten Gewichten:

Brot à 50 Pf.

Sim. Licht, Markt 9	2 Kilo	250 Gr.
Rudolph Meißner, Wronkerstraße 5	2 „	250 „
Ludwig Eckert, Büttelstraße 18	2 „	250 „
Franziska Biskupska, Wallischei 10	2 „	375 „
Anton Wyrembecki Wallischei 28	2 „	300 „
Heinrich Ueberhein, St. Martin 33	2 „	260 „

Semmel à 10 Pf.

Simon Licht, Markt 9	250 Gr.
Rud. Meißner, Wronkerstr. 5	250 „
Ludw. Eckert, Büttelstr. 18	250 „
Anton Leschner, Fischerei 24	250 „
Telesphor Lipinski, Halbdorfstraße 7	280 „
Anton Türk, Wallischei 30	250 „
Adolph Heintze, St. Martinstr. Nr. 1	250 „
Heinrich Ueberhein, St. Martinstr. Nr. 33	260 „
Johann Franz, St. Mart. 43	260 „

Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehängten Backwaaren-Taxen verwiesen.

Handels-Register.

Die in unserem Firmen-Register unter Nr. 1411 eingetragene Firma **Karl Türk,** deren Niederlassungsort **Posen** war, ist erloschen.

Posen, den 28. Decbr. 1876.

Königliches Kreis-Gericht.

Handels-Register.

Die in unserem Firmen-Register unter Nr. 359 eingetragene Firma **K. Brasch,** deren Niederlassungsort **Posen** war, ist erloschen.

Posen, den 30. Dezember 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Handels-Register.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 1626 die Firma **Emil Seelig,** Ort der Niederlassung **Posen** und als deren Inhaber der Kaufmann Emil Seelig zu Posen zufolge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen.

Posen, den 31. Decbr. 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Bekanntmachung.

In der Kaufmann **Ludwig Wartski**'schen Konkurssache ist durch gerichtlichen Beschluß vom heutigen Tage der Kaufmann **Jacob Ziegler** von hier zum definitiven Massenverwalter ernannt worden.

Krotoschin, den 3. Januar 1876.

Königliches Kreis-Gericht.
I. Abtheilung.
Der Kommissar des Konkurses.

Bekanntmachung.

Am 20. Dezember 1875 ist zu Neuhoff eine unbekannte vagabundirende Frau, ungefähr 35 Jahr alt, fünf Fuß groß, verstorben.

Dieselbe hatte kurz geschnittene hellbraune Haare, einen runden dicken Kopf, blau-graue kleine Augen, eine schmale kurze Nase, dünne Lippen, welche die etwas vorstehenden Schneidezähne nicht vollständig bedeckten.

An der rechten Seite des Halses fand sich eine offenbar von einer Drüsenoperation herrührende Narbe vor. Die Frau sprach die deutsche Sprache mit polnischem Akzent.

Es wird ersucht, Auskunft über diese Frau hierher gelangen zu lassen.

Vandsburg, den 31. Dezember 1875.

Königliche Kreis-Gerichts-Kommission.

Die mit einem jährlichen Gehalte von 1950 Mark und einer Miethsentschädigung von 360 Mark jährlich verbundene Stelle des katholischen Geistlichen bei dem Arbeits- und Landarmenhause zu Kosten ist vakant und von sogleich zu besetzen. Der deutschen und polnischen Sprache mächtige, gehörig qualifizirte Bewerber wollen ihre Gesuche an die unterzeichnete Landarmen-Direktion richten.

Posen, den 30. Dezember 1875.

Landarmen-Direction der Provinz Posen.
Bergenroth.

Bekanntmachung.

Dienstag den 18. Januar c., Vormittags 10 Uhr,

werden in der Conditorei des Herrn **A. Zeidler** zu **Wollstein** verschiedene zur Graf Stanislaus Plater'schen Konkurs-Masse gehörende Medaillen, Schmuckgegenstände, einige Alfénide-Sachen und das Silberzeug durch den Königl. Auktions-Kommissarius öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Der Konkurs-Verwalter.
Fritz Lieberknecht.

Bekanntmachung.

Am Freitag den 14. Januar 1876, Vormittags von 9 Uhr ab,

werden im ***Hôtel du Nord*** in **Filehne** aus der Fürstlich Hohenzollern'schen Forst **Dratzig** und zwar aus den Districten Anna, Bialafließ, Nothwendig, Miala, Woschine, Marianowo, Kaczablott und Querlug öffentlich an den Meistbietenden verkauft

ca. 15,500 Stück Bau- und Schneidehölzer

und

ca. 200 Stück birkene Schneideenden.

Die Hölzer können nach Beliebendes Käufers entweder nach den Ablagen an der Netze in Wreschin, Filehne und Dratzig gebracht oder auch auf den Mühlen in Miala, Biankowo und Filehne geschnitten werden.

Die Hölzer können jederzeit besichtigt werden und sind die Forstbeamten angewiesen, die Hölzer auf Verlangen vorzuzeigen.

Die Verkaufs- und Zahlungsbedingungen werden im Termine bekannt gemacht und liegen vorher in hiesiger Rentamtskanzlei zu Jedermanns Einsicht offen.

Nothwendig per Filehne, den 28. Dezember 1875.

Fürstlich Hohenzollern'sches Rentamt Dratzig.
Schmidt.

Holzverkauf.

Für die Forsten des Majorats **Obersitzko** sind folgende Holzverkaufstermine anberaumt:

I. für das unmittelbar zu beiden Seiten des schiffbaren Warthestroms belegene Hauptrevier Obersitzko zum Verkauf von ca. 2900 Stück kiefern Langholz und ca. 600 Raummeter kiefern Kloben auf:

Dienstag, den 11. Januar cr.
Vormittags 10 Uhr
in Obersitzko im Gasthofe des Herrn **Kronthal.**

II. für die ca. zwei Meilen von der schiffbaren Netze entfernte Revier-Abtheilung Wyszyn zum Verkauf von ca 1400 Stück kiefern Langholz u. 26 birkenen Nutzholzstangenhaufen auf:

Donnerstag, den 13. Januar cr.
Vormittags 11 Uhr
in Forsthaus **Grünewald** bei Chodziesen.

Es werden große Loose, wie sich solche für den Holzhandel eignen, zum Ausgebot gebracht. Das Hauptrevier Obersitzko ist im Besitz eigener Ablagen am Warthestrom; auch befinden sich ganz in der Nähe 3 Sägemühlen mit Vollgattern.

Im Termin ist ¼ des Holzgeldes an den anwesenden Kassenbeamten zu zahlen. Die Bekanntmachung der übrigen Bedingungen erfolgt im Termin. — Obersitzko liegt von den Eisenbahnstationen Wronke und Samter 1½ Meilen entfernt, und ist von beiden Stationen mittelst Chaussee zu erreichen. Das Schutzpersonal ist angewiesen, die zum Verkauf bestimmten Hölzer an Ort und Stelle auf Verlangen zu zeigen.

Grünberg b. Obersitzko, den 2. Januar 1876.

Gräflich Raczynski'sches Forstamt.

Krampfleidende. Epilepsie, Fallsucht.

Neueste erfundene Heilmethode
durch das
Auxilium Orientis
von
Sylvius Boas,
Spezialist für Krampf- und Nervenleidende.
Sprechstunden von 8—10 und 2—4.
Berlin SW., Friedrichsstr. 22,
Auch brieflich.

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE LAND-IND-LOTTERIE.

Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie,

zum Besten hülfsbedürftiger Schleswig-Holsteinischer Invaliden und unbemittelter Kranken.

25,000 Loose und 6250 Gewinne.

Ziehung der zweiten Klasse am 19. Januar 1876.

Haupt-Gewinne der zweiten Klasse:

1 Mobiliar von Mahagoni mit Schnitzwerk, nämlich: 1 Pfeilerspiegel, 1 Sophatisch, 1 Piedestalschrank, 1 Divan mit Wollstoffbezug, 2 Lehnsessel mit Wollstoffbezug, 6 Stühle mit Wollstoffbezug; 1 Pianoforte, aufrechtstehend, von Palissander; 1 Mobiliar von Mahagoni, nämlich: 1 Sopha mit Ripsbezug, 6 Stühle mit Ripsbezug, 1 Sophatisch, 1 Setztisch, 1 Sophateppich, 1 Velour-Tischdecke; 1 Piedestalschrank von Nußholz mit Schnitzwerk, 1 Herrenschreibtisch von Nußholz, 1 Singer-Nähmaschine mit Perlmutter eingelegt, auseinanderzunehmenden Verschlußkasten und dazu gehörenden Apparaten; 1 goldene Damen-Cylinderuhr mit Gold-Cuvette, repassirt; 1 mattgoldene 14karätige Damen-Uhrkette.

Die Erneuerung der Loose zur II. Klasse muß bei Verlust des Anrechts bis spätestens den 8. Januar 1876, Abends 7 Uhr erfolgen.

Preis der Erneuerungs-Loose 1½ Mark, Bestellungen auf Kaufloose à 2¼ Mark nehmen schon jetzt entgegen die Exped. d. **Posener Zeitung.**

Eine Restauration sofort billig zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt **E. Weichert,** Alter Markt 6. Sprechstunde Mittags von 1—2.

100 Mastschafe

find in **Radojewo** billig zu verkaufen, einzeln à 2 Sgr. pro Pfund.

Offene Bürgermeisterstelle.

Die Stelle des ersten Bürgermeisters hiesiger Stadt (ca. 26,000 Einwohner) ist sofort neu zu besetzen. Mit derselben ist einschließlich der Entschädigung für die Polizei-Anwalts- und Standesamtsgeschäfte ein pensionsfähiges Gehalt von 6000 Mark und freie Wohnung im Rathhause im Werthe von 600 Mark, an deren Stelle je nach Wahl der städtischen Behörden eine Wohnungsmieths-Entschädigung in gleicher Höhe treten kann, verbunden.

Der Wohnungswerth, bezüglich die Miethsentschädigung ist nicht pensionsberechtigt.

Qualifizirte Bewerber wollen ihre Meldungen unter Beifügung ihrer Atteste bis zum **4. Februar cr.** bei dem Stadtverordneten-Vorsteher, Königlichen Bergmeister **Lobe,** einreichen.

Königshütte, den 1. Januar 1876.

Die Stadtverordneten-Versammlung.

Handels-Register.

In unser Gesellschafts-Register ist zufolge Verfügung vom heutigen Tage bei Nr. 193 woselbst die hiesige Aktien-Gesellschaft in Firma Posener Bau-Bank aufgeführt steht, in Kolonne 4 eingetragen:

Der Kaufmann **Albrecht Guttmann** zu Posen ist mit dem 5. Januar 1876 als Mitglied des Vorstandes ausgeschieden.

Posen, den 5. Januar 1876.

Königliches Kreis-Gericht.

Märkisch-Posener Eisenbahn.

Vom 1. d. Mts. ab sind von diesseitigen Stationen nach Cüstrin via Rothenburg und Reppen directe Frachtsätze für Spiritus, Kartoffeln, Getreide und mehrere andere Artikel in Kraft getreten, worüber nähere Auskunft in unseren Güter-Expeditionen ertheilt wird.

Guben, den 3. Januar 1876.

Die Direktion.

Ein **zahlungsfähiger** Landwirth wünscht ein mittelgroßes Gut zu **kaufen** oder zu **pachten.** Offerten sub **J. Z. 9252** befördert **Rudolf Mosse, Berlin** SW.

Ein kl. gut bebautes **Grundstück** in Posen wird zu kaufen gesucht und **Adressen** mit Angabe des Preises und Miethseinnahme postlag sub **M. N.** erbeten.

Geld in jeder Höhe für höhere **Beamte** bei strengst. Diskretion auf lange Zeit billig zu vergeben.

S. Schiftan,
Breslau, Nicolaistr. 28/29.

Ein Lehrer

wünscht Privatstunden zu ertheilen. Offerten sub **H. 98** in d. Exp. d. Z.

Junge Leute finden in einer anständ mos. Familie **Pension.** Näheres zu erfragen Büttel- u. Gerberstr. 18.

Heu & Stroh

verkauft

W. Meißner,
Neu-Markt 16.

Auf dem Dominium **Nieszawa** bei Lang-Goslin stehen **200 fette Schafe** zum Verkauf.

Winterschuhe mit gesteppten dicken Tuchsohlen werden dauerhaft verfertigt Gr. Ritterstraße 6/7 im dritten Stock, vorn heraus bei **W. Gewissen.**

Ein gut erhaltener **Biberpelz** ist billig zu verkaufen.
H. Engelmann, Wilhelmsstr. 10.

Closets

in den verschiedensten Arten empfiehlt

H. Klug,
Breslauerstraße 38.

Salz. Salz.

Die hiesige Königl. Saline hat mich, wie bisher, so auch für dieses Jahr mit dem Vertrieb ihres Salzes betraut, und die Preise pro 1876 **bedeutend** ermäßigt.

Mir zugehende gefällige Aufträge werden billigst, **unter** den Normalpreisen der Königl. Saline, prompt u. bestens effectuirt.

Abraham Sprinz, Inowrazlaw.

Fünf und achtzig Centner **Blätter-Taback** vorjähriger und zweijähriger Ernte habe ich zum Verkauf.

Wiela bei Mietschisko.
Klotzmann.

Wilhelmsstr. 26, 3 Tr., 1 zweifenstr. möbl. Zimmer, vornheraus, zu verm.

Ein möbl. Zimmer zu verm. Bäckerstraße 11, erste Etage rechts, Eingang Thorweg.

Ein gut möblirtes Zimmer nebst Schlafkabinet und Entrée nach vorn heraus ist zu vermiethen **Halbdorfstraße 16** in der 2. Etage.

St. Martin 76

im 2. St., ist v. 1. April ab eine Wohnung v. 3 Stuben, Küche u. Nebengelaß f. 200 Thlr. zu verm.

Die früher vom Barbier **Kaufmann** 48 Jahr lang innegehabte Barbierstube ist vom 1. Februar anderweitig zu vermiethen. Näh. bei **Magnus Asch,** Breslauerstr. 20.

Eine möbl. Stube sofort zu vermiethen für 1—2 Personen Schießstraße 6, 1 Treppe.

Ein möbl. Zimmer nur 1 Treppe hoch. Näheres bei Herrn Maler **Cumerow,** St Martin 37, parterre.

E. Wirthschaftsinspektor

findet sofort Stellung auf dem Dom. Zabno bei Mogilno. Gehalt nach Uebereinkunft. Einsendung der Zeugnisse oder persönliche Vorstellung erforderlich. Beide Landessprachen erwünscht.

Einen tüchtigen, beider Landessprachen mächtigen

Wirthschaftsbeamten

sucht vom 1. April d. J.
Galazki bei Radenz.

A. Salfeld.

Für eine größere Wirthschaft wird ein mit guten Zeugnissen versehener, der polnischen Sprache mächtiger **Beamte** zum sofortigen Antritt gesucht. Offerten **Kikowo** — postlagernd.

Ein mit den nöthigen Schulkenntnissen versehener junger Mann findet als

Lehrling

sofort Stellung bei

Leopold Goldenring.

Ein anständ. **Stubenmädchen,** das wohl bewandert in der Näherei u Hausarbeit ist, wird sofort zu miethen gesucht: Neustädt. Markt 3. Freifrau

v. Wintzingerode-Knorr
geb. Bendler.

Einen Lehrling

mit guter Handschrift sucht zum sofortigen Antritt

Emil Weimann,
(W. 301.) Breslauerstr. 14.

Ich suche für mein Colonialwaaren-Geschäft einen **Lehrling.**

C. Rasetzki. Trachenberg.

Einen ganz zuverläßigen **Inspektor** in gesetzten Jahren, unverh., kann sof. heirathen, spricht deutsch, poln., russisch, berieselt, trainirt, mit 300 Thlr. Fixum und Tantième kann sof. nachweisen

Auch sucht 4000 Thlr. a 7 pCt jährl. Zinsen, hinter 15,000 Thlr. unkündbare ländliche Sicherheit **Franz Türcke,** Thorn.

Mehrere erfahrene, sehr tüchtige

Brenner,

welche sich verpflichten, die höchste Spiritusausbeute zu erzielen, werden bestens empfohlen

Näheres d. Dr. **Keller,** in Berlin, **Blumenstraße** 51. Redacteur der chemisch-technischen Brennereibriefe 2c.

Grüner Lesezirkel!

Sonnabend, den 8. Januar, Nachm. 4 Uhr, Bücherversteigerung an die Mitglieder im Schulhause, Kl. Ritterstraße, parterre rechts.

Der Vorstand.

Männer-Turn-Verein.

General-Versammlung
10. Januar Abends 8 Uhr,
im Schwersenzschen Lokale.

Tagesordnung:

1. Bericht über den Stand der Vereins-Angelegenheiten, und über die Vermögenslage.
2. Wahl des Vorstandes und einer Kommission zur Rechnungs-Revision.
3. Dechargirung der Rechnung pro 1875.

Der Vorstand.

Humanitäts-Verein.

Sonnabend den 8. d. Mts., Abends 5 Uhr, im Vereinslokale:

Ordentliche Generalversammlung.

Der Vorstand.

Familien-Nachrichten.

Gestern früh 8 Uhr entschlief sanft und ruhig im Herrn unser geliebtes, einziges Töchterchen **Marie,** im Alter von 4 Monaten.

Die Beerdigung findet Sonnabend Nachm. 3 Uhr vom Trauerhause, Hohegasse 4 aus, statt

H. Schneider und Frau.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt. Frl. Anna Knauer mit Amtmann Friedr. Eschenbach in Gröbers und Weßmar. Fräul. Minna von Rinow mit Lieut. Freiherr v. Nordeck in Wahrburg und Stendal. Frl. Chr. Bichel mit Rittmeister v. Thiele in Kiel und Verden. Frl. Therese Weyhe mit Hrn. Karl Bieler in Quedlinburg und Merzin. Frl. Helene Schilke mit Kreisrichter Anaker in Berent. Frl. Elise Ritter mit Kaufmann Wilhelm Suhr in Fürstenwalde und Berlin. Frl. Elise Laskowski mit Gärtner Martin Schaale in Berlin. Fräul. Marie Misera mit Buchhändler Selmar Hahne in Berlin. Frl. Martha Bogen mit Kaufm. Karl Pieron in Wriezen und Berlin. Frl. Emilie Schrader mit Hrn. Herm. Eichhorn in Braunschweig und Berlin.

Verehelicht. Baumeister Emil Weiß mit Frl. Elisabeth Lentz in Berlin und Lentz-Borkenstein i. Pomm. Buchhändler C. Müller mit Fräul. Martha zur Hofe in Berlin.

Gestorben. Pfarrer Herm. Cremer in Annen i. Westf. Oberförster Puttrich Sohn Oswin in Wirthy. Portepeefähnrich Louis Oberfeld in Neiße. Verw. Frau Profess. Johanna Charl. Spicker geb. Dames in Frankfurt a. O. Frl. Emeline Gramowätz in Naumburg. Bäckermeister Franz Kirschner in Berlin, Cigarrenfabrikant August Merres in Berlin. Frau Agnes Hedwig Wenzel geb Ecke in Berlin. L. Baumann Sohn Willy in Berlin.

Interims-Theater in Posen.

Repertoir.

Freitag den 7. Januar:
Zum ersten Male:
Großstädtisch.
Schwank in 4 Akten von Dr. J. B. von Schweitzer.
(Fortwährendes Repertoirstück des Wallner-Theaters).

Sonnabend keine Vorstellung.

Sonntag den 9. Januar:
Zum letzten Male in dieser Saison (mit theilweise neuer Besetzung):
Zum 2. Male wiederholt:
Zaar und Zimmermann.
oder:
Die beiden Peter.
Oper in 3 Akten von A. Lortzing.

In Vorbereitung:
Zampa,
oder:
Die Marmorbraut.
Große Oper in 3 Akten von Herold.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.

Freitag: **(Nicht rauchen!)**
Letztes Gastspiel der
Tyroler Concert-Sänger-Gesellschaft
Ludwig Rainer.
Dazu: **Eine Visitenkarte. — Ein Stündchen auf dem Comptoir.**

Die Direction.

Engl. sowie Holst. Austern,

täglich frisch, empfiehlt

F. W. Ahlers.

Gesellschaften, welche geneigt sind,

Schlittenparthien

nach **Schwersenz** zu machen, **werden** gebeten, uns dies durch Telegramm oder Karte kund zu thun, da nur in diesem Falle die Lokalitäten geheizt, und für alles andere Gewünschte gesorgt werden kann.

H. Marco. J. Görlt.

Theater in Gnesen.

Sonntag den 9. Januar 1876.
Gastspiel der Posener Theater-Gesellschaft.
Zum ersten Male:
Ultimo.
Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser.

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.